

30. Januar
1/2025
www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde: Für eine starke Wirtschaft mit guten Löhnen +++
+++ Ostseeregionen stärken Zusammenhalt +++ Entwicklung des Waldes Thema im Landtag +++
+++ Gedenkveranstaltung: Wie Erinnerungen Menschen vereinen +++



3 - 4	AUS DEM PLENUM Aktuelle Stunde	Dr. Wolfgang Blank vereidigt "In stürmischen Zeiten auf Kurs – Für eine starke Wirtschaft mit guten Löhnen in Mecklenburg-Vorpommern" (auf Antrag der Fraktion der SPD)
5 - 10	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Minister Dr. Wolfgang Blank, Michael Meister (AfD), Daniel Peters (CDU), Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Henning Foerster (DIE LINKE), Sandy van Baal (FDP), René Domke (FDP)
15 – 24	Berichte	Forschungsdaten sollen leichter verfügbar sein Sportlandschaft zukunftsfest gestalten Friedensverpflichtung in der Landesverfassung Mögliche Wege zum Frieden Finanzimpulse für die Wirtschaft Sozialwohnungsbau und Klimaschutz
25 - 29	Meldungen	Ostseeregionen stärken Zusammenhalt Mehr Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen gefordert Neujustierung der Migrationspolitik GRÜNE fordern bezuschusstes Deutschlandticket für Landesbeschäftigte Entwicklung des Waldes Thema im Landtag Antrag zu Migrationshintergrund von Tätern abgelehnt Abgeordneter Bernd Lange verstorben Neue Abgeordnete: Grit Schmelzer Der Landtag 2024 in Zahlen Deutschlands erste Parlamentarierin
30 - 33	Befragung der Landesregierung	
34	Gesetzgebung	
35 - 37	Ausschüsse	Aufklärung der Todesursache von 44 Kegelrobben gefordert Informationsbesuch beim Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern Expertengespräch zur Ausbreitung der Asiatischen Hornisse Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen 2025 wird sooo mitmischen
38 - 39	Panorama	Gedenkveranstaltung: Wie Erinnerungen Menschen vereinen
40	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler, Juliane Fuchs
Layout: produktionsbüro TINUS
Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 10.01.2025



Kurz vor der Vereidigung von Dr. Wolfgang Blank als Wirtschaftsminister würdigte und verabschiedete Landtagspräsidentin Birgit Hesse den bisherigen Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (rechts im Bild).
Foto: Danny Gohlke

Neuer Wirtschaftsminister

Dr. Wolfgang Blank folgt auf Reinhard Meyer

Am 11. Dezember wurde Dr. Wolfgang Blank als neuer Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit im Landtag vereidigt, nachdem Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ihn als Minister ernannt hat. Zuvor würdigte Landtagspräsidentin Birgit Hesse seinen Vorgänger, Reinhard Meyer, der auf eigenen Wunsch sein Amt niedergelegt hat.

Reinhard Meyer war seit 1991 Teil des Politikbetriebes in Mecklenburg-Vorpommern. Über Jahrzehnte hat er sich Anerkennung und Respekt über Parteigrenzen hinweg erarbeitet. Zunächst war er im Schweriner Schloss für die SPD-Fraktion tätig, bis er 1994 zur Exekutive wechselte. Dort begann er als Büroleiter im damaligen Ministerium für Wirtschaft und Angelegenheiten der Europäischen Union. Es folgten Stationen im Finanzministerium, in der Berliner Landesvertretung sowie als Abteilungsleiter in der Staatskanzlei. Im Jahr 2001 war Reinhard Meyer für einige Monate für den Planungsstab der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg tätig, ehe er im Dezember desselben Jahres zum Staatssekretär im Wirtschaftsministerium in Mecklenburg-Vorpommern ernannt wurde. Im Januar 2006 wechselte er erneut das Haus und koordinierte fortan für insgesamt sechs Jahre als Chef der Staatskanzlei die Regierungspoli-

tik. Sein Wirken wurde erneut über die Landesgrenze hinaus wahrgenommen und führte ihn für fünf Jahre nach Schleswig-Holstein. Bis 2017 war er dort Wirtschaftsminister. Im Januar des Folgejahres kehrte Reinhard Meyer nach Mecklenburg-Vorpommern zurück, erneut als Chef der Staatskanzlei. Von 2019 bis 2021 übernahm er das Finanzressort und wechselte mit der Regierungsbildung nach der Landtagswahl 2021 auf die Position des Wirtschaftsministers.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse verabschiedete den Minister mit den Worten: „Reinhard Meyer diente unter den Ministerpräsidenten Harald Ringstorff und Erwin Sellering sowie unter Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in unterschiedlichen Regierungskoalitionen. Er diente in verschiedensten Rollen dem Staat und am Ende stets den Menschen in unserem Bundesland. Dafür gebührt ihm unser Dank. Reinhard Meyer hat sich aus sehr persönlichen Gründen dafür entschieden, sein Ministeramt aufzugeben. Diese Entscheidung, lieber Reinhard, verdient Respekt. Verbinden möchte ich sie auch mit den besten Wünschen für die Zukunft. Lieber Reinhard, ich wünsche dir und deiner Frau Uta von ganzem Herzen alles erdenklich Gute, Gesundheit und viele schöne Momente. Pass gut auf dich, passt gut auf euch auf und sorgt immer dafür, dass wir uns noch weiterhin über den Weg laufen. Lieber Reinhard,

wir werden dich vermissen und ich persönlich auch an meiner Seite im Tourismusverband. Alles Gute für dich! Und wir verabschieden dich mit dem Schönsten, was man hier aus dem Schloss bekommen kann, mit einem eigenen Stern in unserer Schlosskirche. Auch das soll wieder eine Motivation sein, dass du deinen Stern demnächst suchen gehst. Keine Sorge, es wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Lieber Reinhard, alles Liebe und Gute für dich! Danke!“

Wolfgang Blank wurde 1959 in Riedlingen (Baden-Württemberg) geboren. Er studierte Biologie an der Universität Tübingen mit Abschluss als Dipl.-Biol. (Mikrobiologie). Anschließend erfolgte die Promotion zum Dr. rer. nat. Seit 1995 arbeitet und lebt er mit seiner Familie in Mecklenburg-Vorpommern.

Seit 2016 ist der Biologe Geschäftsführer der WITENO GmbH nachdem die Zusammenlegung der Technologiezentrum Fördergesellschaft mbH Vorpommern und der BioTechnikum Greifswald GmbH erfolgte. Im gleichen Jahr wurde Dr. Wolfgang Blank Mitglied im Vorstand der Stiftung „Akademie Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns“ und ist seit 2019 Digitalisierungsbotschafter und Mitglied im Digitalisierungsbeirat des Landes. Bereits 2014 wurde er zum Präsidenten der IHK Neubrandenburg gewählt.

„Für eine starke Wirtschaft mit guten Löhnen in Mecklenburg-Vorpommern“

Aktuelle Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD nutzte eine Aktuelle Stunde um die Übergabe des Wirtschaftsministeriums an Dr. Wolfgang Blank hervorzuheben. Damit verbunden gab es fraktionsübergreifend viel Dank für den scheidenden Minister Reinhard Meyer. Zudem zogen die Ministerpräsidentin und die Regierungskoalition Bilanz der geleisteten Arbeit für die Wirtschaft im Land und blickten auf die Vorhaben bis zum Legislativende.

Trotz „stürmischer Zeiten“ stünde die Wirtschaft in MV „vergleichsweise stark“ da, betonte der Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** (SPD). Er führte dies auf das gemeinsame verantwortungsvolle Handeln der Unternehmen, Sozialpartner und Politik zurück. Die Zusammenarbeit für Bündnisse, Strategien und Konzepte hielte die Wirtschaft „auf Kurs“ und symbolisiere die Stärke des Landes.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) verwies auf das dreiprozentige Wirtschaftswachstum in MV. Das bedeute eine Spitzenposition in Deutschland und trotz dem bundesweiten Trend. Die Ministerpräsidentin versicherte, dass im Interesse der Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes die Wirtschaft „der Schwerpunkt der Landesregierung“ sei und bleibe.

Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank** (parteilos) skizzierte, wie er die von Minister Meyer hinterlassenen „großen Fußstapfen“ durch die Stärkung bestehender Industrien, gezielte Neuan siedlung sowie Innovation, Digitalisierung und Technologie zu füllen hoffe.

Bei allen Herausforderungen erkannte er auch Chancen, wie das integrierte Durchdenken vorhandener Ansätze über Branchen hinweg.

Michael Meister (AfD) ermahnte zum Realitätscheck. Denn es gab zeitgleich zum Wirtschaftswachstum 25 Prozent mehr Unternehmensinsolvenzen. Die Arbeitslosenquote von 7,7 Prozent liege „weit über dem Bundesdurchschnitt“. Völlig unakzeptabel sei die „zunehmende Ernährungsarmut“ bei Schulkindern, wobei jedes fünfte Kind ohne Frühstück in den Tag starte. Hier könne nur ein „echter Kurswechsel“ für Wirtschaft und Bildung helfen.

Der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** (CDU) warf der Regierung vor, den Menschen ihre berechtigten Sorgen als „irrational“ auszureden. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Jobs seien die „wirklich wichtigen Parameter“. Was die Wirtschaft brauche, seien Entbürokratisierung, bezahlbare Energie, eine funktionierende Fachkräftestrategie und eine unterstützende Politik.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstrich die Pflicht der Landesregierung, den Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität zu helfen. Oft entstünde der Eindruck, es fehle im Land am Mut zur Veränderung. Hier müsse die Landesregierung das „Gaspedal durchtreten“, um das vorhandene Potenzial an „viel Fläche“ und „viel grüner Energie“ in Wertschöpfung und gute Löhne „umzumünzen“.

Die Regierungskoalition verschleiße sich nicht den aktuellen Herausforderungen, erklärte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Sie werde aber nicht in den Ruf des „neoliberalen Trommelfeuers“ nach Sozialabbau einstimmen. Noch weniger gebe seine Fraktion den „erkämpften zivilisatorischen Fortschritt“ der sozialen Sicherung auf – schon gar nicht zugunsten weiterer Waffenlieferungen in die Krisengebiete dieser Welt.

Sandy van Baal (FDP) ärgerte die Respektlosigkeit, mit der Vorschläge der Opposition beiseite gewischt würden. Sie forderte neben einer sofortigen Wirtschaftswende, eine „Kultur des Ermöglichs“ und die gesellschaftliche Wertschätzung des Leistungsprinzips. Ein „Weiter so!“ kann es nicht mehr geben. Das schulde die Politik den Menschen im Land. „Wir müssen es jetzt anpacken!“



■ Julian Barlen, SPD

„In stürmischen Zeiten auf Kurs – Für eine starke Wirtschaft mit guten Löhnen in Mecklenburg-Vorpommern“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Mauer und Stacheldraht wurden vom Osten her eingerissen. Vom Osten her konnten wir Mauern und Stacheldraht nur einreißen, weil wir wussten, dass es auf der anderen Seite eine Politik gibt, Politiker gibt, die dazu gestanden haben, dass es [...] Menschen gab auf der anderen Seite, die mehrheitlich in der übergroßen Mehrzahl die deutsche Einheit wollten. [...]

Der 9. Oktober 1989 [...] war, wie wir heute wissen, ein entscheidender Tag. Woche für Woche davor ist das Demonstrationsgeschehen, insbesondere in Leipzig, größer geworden. Die SED-Führung und die Staatssicherheit wollten diese Demonstrationen – und so hieß der Befehl – „mit allen Mitteln“ unterbinden, um die Kontrolle zu behalten. Im Vorfeld dieser Demonstration sind NVA-Einheiten [...] nach Leipzig beordert worden. Und die haben in den Nebenstraßen gestanden, und die Leipziger haben das gesehen und [...] gewusst.

[...] Trotzdem sind die Demonstranten auf die Straßen gegangen. [...]

Gegen 70.000 Menschen, die friedlich mit Kerzen in der Hand demonstrierten, konnte dann die Staatsführung auch nichts mehr ausrichten.

Dem ehemaligen Chef, das habe ich hier in einer früheren Rede schon mal gesagt, dem ehemaligen Chef der DDR-Volkskammer [Horst Sindermann] wird folgendes Zitat zugewiesen: „Wir hatten alles geplant, wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“ [...]

Dann kam der Fall der Mauer, unbändige Freude bei Millionen Deutscher, unbändige Freude auch bei mir. [...]

Nach der staatlichen Einheit erlebten viele ostdeutsche Familien schwere Jahre, Arbeitslosigkeit, die vor keiner Familie in unserem Land Halt gemacht hat. In meinem Kreis gab es damals eine offizielle Arbeitslosenrate von über 30 Prozent. [...]

Diese schwierige Situation der Massenarbeitslosigkeit haben wir zum Glück überwunden. Auch unseren Städten und Gemeinden sieht man inzwischen an, dass es uns besser geht. [...]

Dennoch [...] hat diese schwierige Zeit etwas mit den Menschen gemacht. [...] Die Menschen haben erlebt, wie tief eine Gesellschaft abstürzen kann. Und das wollen sie nie wiederhaben. Deshalb muss es Aufgabe der Politik sein, Orientierung zu geben und für Zukunftssicherheit zu sorgen. Dass uns das zumindest für die Landespolitik gelingt, da bin ich zuversichtlich.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Na!)

[...] Wir leben heute in einem vereinten Deutschland. Die von uns damals so ersehnten Grundrechte des Grundgesetzes sind heute für uns eine Selbstverständlichkeit. Aber genau diese Selbstverständlichkeit ist es, die mir Sorge macht. Es ist

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Wir haben für die heutige Aktuelle Stunde hier im Landtag „In stürmischen Zeiten auf Kurs – Für eine starke Wirtschaft mit guten Löhnen in Mecklenburg-Vorpommern“ angemeldet. Warum haben wir diese [...] so genannt?

Erstens, weil MV in [...] schwierigen [...] Zeiten vergleichsweise stark dasteht. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis verantwortungsvoller Entscheidungen,

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD – Zuruf von René Domke, FDP)

allen voran in den Unternehmen dieses Landes, verantwortungsvoller Entscheidungen zwischen den Sozialpartnern und natürlich auch in der Politik [...]

Zweitens, weil es eben nach wie vor stürmische Zeiten sind. Nach Corona, angesichts von Kriegen, Preisschocks, Energiekrisen wissen wir aber besser denn je,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

wirtschaftlicher Erfolg, die Entwicklung von Zukunftsbranchen, sichere Arbeitsplätze, gute Löhne, wachsender Wohlstand, all das kommt nicht von selber, sondern das muss hart gemeinsam erarbeitet werden.

Und drittens, [...] weil unsere Stärke bei alledem eben die Gemeinsamkeit ist. Ob das [...] das Zukunftsbündnis MV, der MV-Gipfel in Zeiten der Pandemie, das waren immer abgestimmte Maßnahmen zwischen den Sozialpartnern und der Politik, die uns am Ende starkgemacht haben.

[...] Ende 2024 steht MV vergleichsweise gut da. Unsere Wirtschaft ist im letzten Jahr und im ersten Halbjahr bundesweit am stärksten gewachsen. Die verfügbaren Einkommen sind gestiegen und holen auf. Das verdanken wir einer klaren gemeinsamen Schwerpunktsetzung auf Investitionen, auf Fachkräftesicherung und auf gute Löhne. [...] Immer flankiert von

der passenden Begleitmusik, wie zum Beispiel einer attraktiven Familienstandortpolitik mit beitragsfreier Kinderbetreuung, einem Schub der Digitalisierung bei dem Breitbandausbau in der Fläche, einer Mobilitätsoffensive mit dem Rufbus, Taktbus, Regiobus, einem Azubi-Ticket. [...]

Eben haben wir [...] Reinhard Meyer verabschiedet, der in den letzten Jahrzehnten wie kaum ein anderer die Politik unseres Landes mitgeprägt hat. [...]

Gleichzeitig [...] konnten wir soeben der Vereidigung von Dr. Wolfgang Blank beiwohnen [...]. Als erfahrener Praktiker bringt er ein großes, tiefes Verständnis von der Wirtschaft und umfassende Erfahrungen mit. [...]

[...] Dabei übernimmt Dr. Blank das Ruder zu einer Zeit, wo viele Sorgen im Raum stehen, aber unser Land eben auch [...] viele Kennzahlen aufweisen kann, die uns Mut machen sollten, entschlossen weiter in die Zukunft zu investieren. Mit der bundesweit höchsten Investitionsquote sorgen wir dafür, dass MV modern bleibt [...].

MV verfügt über Kennzahlen, die uns weiter Rückenwind beim Engagement für gute Löhne geben. Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz stellen wir sicher, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die Tarif- oder tarifgleiche Löhne zahlen. So schützen wir verantwortungsvolle Unternehmerinnen und Unternehmer und schaffen Gerechtigkeit für hart arbeitende Menschen [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Allen, die sich also mit Schwarzmalen betätigen werden, möchte ich einmal Ludwig Erhard mit seinem berühmten Ausspruch,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

dass Psychologie 50 Prozent der Wirtschaft ausmacht,

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Sagen Sie das Ihren Leuten!)*

ans Herz legen. Neben allen harten Fakten [...] bleibt die subjektive Einschätzung der Menschen maßgeblich. [...]

Konsumenten kaufen, wenn sie Vertrauen in ihre wirtschaftliche Sicherheit haben.

[...] Wenn Unsicherheit und Angst herrschen,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

tendieren die Menschen dazu, ihr Geld zurückzuhalten,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

was zu einem wirtschaftlichen Abschwung führen kann.

*(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Harry Glawe, CDU)*

[...] Nur durch Schlechtreden ist [...] bei uns [...] noch nie etwas Gutes entstanden! [...]

In stürmischen Zeiten den Kurs zu halten, das erfordert [...] Zusammenarbeit. Lassen Sie uns diesen Weg fortsetzen für eine starke Wirtschaft im Land

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

mit guten Löhnen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der
SPD und DIE LINKE)*

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

„Das ist Wirtschaftsförderung
made in M-V.“



Foto: Danny Gohlke

[...] Wir waren vergangene Woche bereits gemeinsam beim Richtfest von TOPREGAL in Pasewalk, unserem Industriepark Berlin-Stettin. Dort hat sich neben Birkenstock TOPREGAL angesiedelt und hat jetzt die nächste Produktionshalle erweitert. Solche positiven Entwicklungen gibt es an vielen Orten im Land und es ist mir wichtig anzusprechen, denn wir haben in ganz Deutschland gerade eine sehr schwierige wirtschaftliche Entwicklung. Wir haben fast tagtäglich Nachrichten, dass die großen Industriekonzerne, insbesondere in Westdeutschland, Personal abbauen wollen. Und umso wichtiger ist es, dass unser Mittelstand und unsere Kleinunternehmen, die hier das Rückgrat der Wirtschaft sind, resistent sind und weiter stabil sind.

Wir haben neben diesen erfolgreichen Entwicklungen in Vorpommern hier in Schwerin mit Ypsomed ein erfolgreiches Unternehmen, was gerade im Oktober seine neue Produktionshalle eingeweiht hat und damit 85 Arbeitsplätze schafft. Und die weiteren Pläne dieses Unternehmens sind noch größer. Mit Investitionen von einer halben Milliarde Franken will Ypsomed seine Produktion in Schwerin erheblich vergrößern und damit zusätzlich 650 Arbeitsplätze schaffen. Ypsomed steht für unseren strategischen Schwerpunkt in der Wirt-

schaftspolitik, für das Thema Gesundheitswirtschaft. Und es ist wichtig, dass wir diese Branche fördern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Wir fördern Zukunftsbranchen wie die Biotechnologie und Medizintechnik, aber auch die erneuerbaren Energien und die Wasserstoffwirtschaft. Und ein anderes Beispiel ist das Maschinenbauunternehmen EKATO, Weltmarktführer mit seinen Produkten. EKATO wird in Zukunft auf dem Gelände der ehemaligen Volkswerft in Stralsund produzieren. Der erste Spatenstich war im Juli. Mit unserer Förderung von 1,3 Millionen Euro unterstützen wir dort eine Gesamtinvestition von 10 Millionen Euro. Und das ist das ganz konkrete Beispiel, wie wir Wirtschaft und Arbeitsplätze unterstützen können.

Wir haben insgesamt mit unserer Ansiedlungsförderung in den vergangenen Jahren Investitionen von 420 Millionen Euro angeschoben. Dadurch können 900 neue Arbeitsplätze entstehen und 4.500 werden langfristig gesichert. Das ist Wirtschaftsförderung made in M-V.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und, sehr geehrte Damen und Herren, die zählt sich aus. M-V war 2023 und auch im ersten Halbjahr 24 das Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum in Deutschland. Entgegen dem Trend deutschlandweit haben wir ein Wirtschaftswachstum von über drei Prozent,

(René Domke, FDP: Aber nicht aufgrund Ihrer Schwerpunktsetzung.)

und gleichzeitig spüren wir diese schwierige wirtschaftliche Lage bei uns im Land. Und ich will mich bei den Unternehmerinnen und Unternehmern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich bedanken, dass sie in diesen schwierigen Zeiten Kurs halten. Und sie haben dieses Wirtschaftswachstum zum Erfolg gebracht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und es bleibt unsere wichtigste Aufgabe, die Wirtschaft weiter voranzubringen für stabile Unternehmen, für gute Arbeit mit guten Löhnen, für eine Existenz der Menschen, die in unserem Land aufwachsen und die auch zu uns kommen. Die wirtschaftliche Entwicklung im Land ist und bleibt der Schwerpunkt der Landesregierung.

Dass Unternehmen für die Erfüllung öffentlicher Aufträge Tariflohn oder tarifgleichen Lohn zahlen, ist wichtig für die Beschäftigten.

■ Minister Dr. Wolfgang Blank

„Wir haben viel zu bieten, das wollen wir zeigen.“



Foto: Danny Gohlke

Minister Dr. Wolfgang Blank: [...] Ich muss zugeben, das ist schon ein ganz besonderer Moment und eine besondere Ehre, heute meine erste Rede vor diesem Haus zu halten und die wirtschaftlichen Perspektiven unseres Landes mit Ihnen zu diskutieren. [...]

Eine Industriepolitik, die Wettbewerbsfähigkeit auf der einen Seite, aber natürlich auch Nachhaltigkeit klug miteinander verbindet, die gezielte Stärkung unserer kleinen und mittleren Unternehmen als Motoren unserer Wirtschaft, gerade in den Regionen, ein starkes Engagement für Transfer und Start-ups, die gemeinsam mit bestehender Wirtschaft Innovationsmotoren sind und unser Land voranbringen, und den Abbau von unnötiger Bürokratie, [...]

Beginnen wir mit der Industriepolitik. Wirtschaftliche Stärke entsteht nicht von alleine. Sie braucht gezielte Rahmenbedingungen, einen Kurs. Und es ist ja gut, dass wir das Industriekonzept haben, das gemeinsam mit den Wirtschaftskammern, auch den Sozialpartnern entwickelt wurde. [...]

Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, auch hochwertige Arbeitsplätze schaffen, sollen wissen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein attraktiver Standort ist, und es müssen noch mehr Unternehmen auch erfahren. Jüngste Ansiedlungen wie die von Outokumpu zeigen, dass wir hier auf einem guten und richtigen Weg sind, aber auch Gründer sind unsere Zielgruppe, [...].

Digitalisierung und neue Technologien sind unverzichtbar für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Wir schaffen gezielte Anreize, damit Unternehmen in Forschung und Entwicklung investieren. Damit meinen wir nicht nur große Namen. Es muss ausdrücklich Mittelstand und regionale Wirtschaft einbinden, denn die großen Erfolge und die Nachhaltigkeit entstehen vor Ort. [...]

Trotz globaler Krisen [...] konnten wir ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent, im ersten Halbjahr 2024 von 3,1 Prozent und im letzten Quartal wieder 3,3 Prozent verzeichnen. [...]

Um diesen Erfolg auszubauen, unterstützen wir kleine und

mittlere Unternehmen gezielt. Investitionsförderungen geben gerade in unsicheren Zeiten den notwendigen Spielraum. [...]

Innovation, Transfers, Start-ups und Förderung – ein Thema, das mir besonders am Herzen liegt, die Förderung junger Unternehmen und des gesamten Ökosystems. [...]

Hier hat das Land wesentliche Grundlagen geschaffen. Gründerzentren und digitale Innovationszentren, die jungen Unternehmen den Einstieg erleichtern, finanzieren in Start-up-Fonds, die innovative Geschäftsmodelle unterstützen, damit Ideen nicht an der Finanzierung scheitern. Und ganz besonders wesentlich ist der gezielte Forschungs- und Technologietransfer, der ein Klima schaffen soll, in dem junge Unternehmen und etablierte Akteure zusammenarbeiten und voneinander profitieren. [...]

Bürokratieabbau [...] Niemand sollte scheitern, weil langwierige Prozesse Innovation und Wachstum blockieren. Deshalb setzen wir auf konkrete Maßnahmen. [...]

Gerade bei komplexen Themen wie der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren oder der Einführung eines Bürokratiechecks sind ressortübergreifende Lösungen gefragt. [...]

Arbeits- und Fachkräfte. Diese für die Zukunft zu sichern, ist keine Option, es ist der Schlüssel für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Und ja, wir brauchen gute und wettbewerbsfähige Löhne. Und ja, ich bekenne mich auch zu den Standards, die wir in vielen Bereichen in Deutschland gesetzt haben. [...]

Und auch über die Landesgrenzen hinaus müssen wir unseren Standort viel stärker ins Schaufenster stellen wirtschaftlich. Wir haben viel zu bieten, das wollen wir zeigen. Deshalb freue ich mich besonders auf die Unterzeichnung zur Einrichtung einer Fachkräfteserviceagentur [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Michael Meister, AfD

„Unser Land hat nicht nur wirtschaftliche Probleme.“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „In stürmischen Zeiten auf Kurs“, nach dieser erwartbaren Märchenstunde der SPD, [...] ist es nun leider an der Zeit, auf die Realität einzugehen. [...] welcher Kurs liegt bei Ihnen eigentlich an, Herr Krüger? Der Kurs in den wirtschaftlichen Abgrund? Der Kurs auf die Sandbank der Arbeitslosigkeit oder in die Abhängigkeit von Bürgergeld? Oder heißt es, volle Kraft voraus in die Insolvenz unzähliger Unternehmen [...]? Vielleicht führt Ihr Kurs auch direkt in eine bildungspolitische Katastrophe oder in die Kinderarmut [...] ich würde nicht einmal in einem Rettungsboot sitzen wollen, das von Ihnen gesteuert wird,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn Ihr sozialdemokratischer Kompass zeigt schnurstracks nach links. [...]

In der Zwischenzeit schrammt das Motorschiff „Mecklenburg-Vorpommern“ gefährlich nahe an den Untiefen des wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Ruins vorbei. [...] Von einer starken Wirtschaft zu sprechen [...] während Mecklenburg-Vorpommern in sämtlichen Statistiken am untersten Rand herumdümpelt, das dürfte maximal Seemannsgarn sein. [...]

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland liegt bei 48.750 Euro, in Hamburg bei 79.000 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern gerade mal bei 36.000 Euro. [...] In Mecklenburg-Vorpommern werden die niedrigsten Löhne deutschlandweit gezahlt.

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

[...] Dieses Wachstum verdanken wir dem Überlebenswillen der Unternehmen und nicht Ihrer Wirtschaftspolitik. [...] Insgesamt steigt in Deutschland die Insolvenzquote an. [...] Nun muss man sich fragen, mit welchen Ideen die Landesregierung dafür sorgen will, dass unsere Wirtschaft nachhaltig wächst. [...] Am Ende werden wir alle ärmer dadurch. [...]

Nicht die Firmen sind schuld an der Krise, sondern Politiker, die wichtige Reformen verweigern und unser Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft [...] ruinieren. Nun haben

wir mit Herrn Dr. Blank einen neuen Wirtschaftsminister [...] wir wünschen [...] viel Erfolg!

Doch unser Land hat nicht nur wirtschaftliche Probleme. Auch in anderen Bereichen sieht es schlecht aus. [...]

18 bis 20 Prozent der Schüler erreichen nicht die Mindeststandards in Lesen, Zuhören [...] und Mathematik. [...] Jeder zehnte Schüler verlässt die Schule ohne Abschluss. [...] Gleichzeitig sind 3.500 Stellen unbesetzt, denen 2.100 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz gegenüberstehen.

Und als ob das nicht schon alles schlimm genug wäre, trifft Ihre [...] sozialdemokratische Politik wirklich die Schwächsten. [...]

Laut Andrea Wehmer [...] gibt es eine zunehmende Ernährungsarmut unter Schulkindern. Jedes fünfte Kind startet ohne Frühstück in den Tag. Dank Initiativen wie „Lernen, aber satt!“ bekommen Kinder wenigstens eine Mahlzeit am Tag. In diesem Land gibt es Kinder, die morgens zur Schule gehen und nichts zu essen haben.

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

Und das ist die Politik der SPD seit 30 Jahren!

[...] Mit einer Arbeitslosenquote von 7,7 Prozent liegt Mecklenburg-Vorpommern weit über dem Bundesdurchschnitt. [...] Da muss man dann auch gar nicht mehr auf die Armutsgefährdungsquote von 17,3 Prozent hinweisen. [...]

Liebe Bürger, was wir brauchen, ist ein echter Kurswechsel [...] Weniger Staat, weniger Steuern,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Ja, genau! – Zuruf von Daniel Seiffert, DIE LINKE)

weniger rot-grüne Ideologie,

(Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE, und Jeannine Rösler, DIE LINKE)

mehr Freiheit, mehr Leistung und mehr Eigenverantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Julian Barlen, SPD: Das ist Ihr Konzept gegen Kinderarmut, ja?! Da kann man wirklich nur lachen. Das ist zynisch. – Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Gute Löhne [...] entstehen nicht durch staatliche Regulierungen [...] sie entstehen, wenn die Wirtschaft floriert, Unternehmen investieren und Arbeitnehmer ihre Fähigkeiten zu einem fairen Preis

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Mehr als Schlagworte haben Sie doch nicht.)

anbieten können. [...]

Doch die SPD zieht den Unternehmen eine sozialistische Zwangsjacke an [...] Die Konsequenzen dieser Politik: [...] Betriebe gehen über Bord [...] Familienunternehmen bleiben zurück wie Schiffswracks auf der Sandbank. [...] Währenddessen dümpelt Deutschland mit verwaisten Industriehallen im Nebel des Niedergangs. [...]

Es ist höchste Zeit,

(Julian Barlen, SPD: Sozialistisches Utopia?)

es ist höchste Zeit,

(Christian Winter, SPD: Zitieren Sie mal die Stelle im Wahlprogramm!)

dass Sie denen das Ruder übergeben,

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

die wirtschaftliche und soziale Realitäten anerkennen und den Mut haben,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

den Kurs zu korrigieren.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die AfD hat diesen Willen [...] . Ansonsten heißt es bei den nächsten Landtagswahlen: „Rette sich, wer kann!“

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Daniel Peters, CDU

„Vor allem muss das Prinzip „Leistung“ wieder in den Vordergrund gerückt werden.“



Foto: Danny Gohlke

[...] Zunächst möchte ich mit einer Mär aufräumen, die da hier zum Besten gegeben wurde, es gäbe keine Hoffnung, keine Zuversicht, die die Opposition ausstrahlen würde. Das kann ich widerlegen, denn wir dürfen feststellen, die Ampelkoalition in Berlin ist zerbrochen

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

und wir haben am 23. Februar Bundestagswahlen. Also es gibt wirklich Grund zur Hoffnung, meine Damen und Herren!

Aber ja, die wirtschaftliche Lage auch in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland ist ernst. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind verunsichert. Und wir erleben als Antwort der hier Regierenden, dass wir Aktuelle Stunden bekommen, Runde Tische, viele Ankündigungen, aber das Ganze auch noch mit ein wenig Wahlkampfgeplänkel am Rande. Die Frage ist dann zu stellen: Ist das die Erwartungshaltung der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern an Politik? Ich glaube nicht. Und was soll Ihnen eigentlich hier Hoffnung machen? Soll die Hoffnung darin bestehen, dass wir jetzt einen weiteren linken Koalitionspartner in dieser Regierung feststellen dürfen, einen BSW-Bestandteil, der ja in wirtschaftspolitischen Fragen noch linker tickt?

(Torsten Renz, CDU: Oha! Oha!)

Ich glaube nicht, meine Damen und Herren. Die Wirtschaft und vor allem auch die Arbeitnehmer in diesem Land brauchen keine politische Realsatire, sondern verlässliche Rahmenbedingungen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

[...] Blicken wir in die Realität: Wir erleben steigende Lebenshaltungskosten, ausufernde Bürokratie, explodierende Energiepreise und natürlich auch einen Arbeitsmarkt – das müssen wir konstatieren –, der immer weniger Sicherheit bietet. Was ist die Antwort, die wir heute hier wieder zu hören bekommen haben? Ein Dreiklang aus Augenwischerei, Phrasendreschen und leider auch Schönredereien. Das ist einfach zu wenig, meine Damen und Herren!

Es ist sogar so, dass ich den Eindruck habe, dass hier die Realität ein Stück weit verzerrt dargestellt werden soll. Es wird behauptet, wir stünden wirtschaftlich stabil da, obwohl Familien an den Supermarktkassen rechnen müssen, ob sie sich diesen Einkauf überhaupt noch leisten können.

(Enrico Schult, AfD: So ist es. – Zuruf von Christian Winter, SPD)

Es wird von Zukunftsinvestitionen gesprochen, während Unternehmen massenhaft Stellen abbauen. Es wird davon gesprochen, dass die Sicherheitslage unauffällig wäre, obwohl man von hier aus bloß zum Marienplatz laufen müsste, um das Gegenteil zu erkennen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Den Menschen soll eingeredet werden, dass ihre berechtigten Sorgen irrational sind. Das ist aber keine Art von Politik, die auf Lösungen setzt,

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

sondern Kritik eher versucht, im Keim zu ersticken.

[...] Was braucht die Wirtschaft, meine Damen und Herren, was braucht sie?! Sie braucht eine Entfesselung, sie braucht weniger Bürokratie, und vor allem muss das Prinzip „Leistung“ wieder in den Vordergrund gerückt werden. Wir brauchen keine weiteren Feiertage oder leere Worte, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und René Domke, FDP)

Es braucht eine echte Entbürokratisierung, die da heißt, alle unnötigen Vorschriften, Kontrollpflichten und auch Dokumentationsaufwendungen, die müssen wirklich weg. Wir brauchen bezahlbare Energie, wir brauchen eine funktionierende Fachkräftestrategie und eine Wirtschaftspolitik, die die Unternehmerinnen und Unternehmer wirklich unterstützt. [...]

■ Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Wir brauchen echte grüne Gewerbegebiete, die ihren Namen auch verdienen.“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Stürmische Zeiten, ja, die haben wir – politisch, aber auch wirtschaftlich. [...] Gleichwohl muss man mit Blick auf unser Bundesland sagen, M-V steht eben gar nicht so schlecht da.

[...] Bei TKMS in Wismar gibt es konkrete Aussichten, dass nach der Fertigstellung der „Global One“ U-Boote gebaut werden können. [...]

Außerdem haben wir auch Unternehmen im Land, die ordentlich expandieren. Ich denke da an Ypsomed, die im Industriepark Schwerin sitzen. [...]

Auch die Stadt Anklam hat große Pläne und will sich als grüner Industriestandort etablieren. [...]

Überhaupt muss unser Land die Chancen der erneuerbaren Energien endlich in den Fokus rücken.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)*

[...] Die Wirtschaft lebt vom Wandel, und viele Unternehmen im Land sind längst auf dem Weg hin zur Klimaneutralität. Sie stellen sich damit nicht in die Öffentlichkeit. Sie machen sich einfach auf den Weg und platzieren ihre Produkte erfolgreich, und das ist gut so. Diese Unternehmen zu unterstützen und ihnen nicht das Leben schwer zu machen, das ist Aufgabe von Politik und Landesregierung.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[Was sind die Rahmenbedingungen, die es braucht? [...] Wir brauchen echte grüne Gewerbegebiete, die ihren Namen auch verdienen.

[...] Wir brauchen Unterstützung und Wertschätzung für Unternehmen, die Nachhaltigkeit leben, die sich klimaneutral aufstellen und trotzdem innovativ sind und ihre Produkte

erfolgreich an den Markt bringen, für Unternehmen, die sich in stürmischen Zeiten was trauen, die Segel setzen und mit klarem Kompass ihren Weg gehen.

[...] Das allein reicht aber nicht, wir brauchen auch Zuwanderung. Genau genommen brauchen wir sogar ziemlich viel Zuwanderung.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

[...] Die fehlende Willkommenskultur ist ein Problem. Ein weiteres Problem ist die Bürokratie. [...] Die kommunalen Ausländerbehörden kommen gar nicht mehr hinterher

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ja, warum denn?!)

bei der Bearbeitung der vielen gestellten Anträge. [...] Die Berufsanerkennung dauert ebenfalls viel zu lange.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Auch hier gehen gut ausgebildete Leute dem Arbeitsmarkt in M-V verloren

*(Michael Meister, AfD: Bringen wir doch erst
mal die Deutschen in Lohn und Brot! –
Zuruf von Horst Förster, AfD)*

oder sie arbeiten am Ende weit unter ihrer Qualifikation,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

was ökonomisch absolute Verschwendung von Potenzial ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Wir müssen insgesamt schneller werden in allen Bereichen. [...] Mit angezogener Handbremse kommen wir nicht schnell genug voran. Das schadet dem Standort. Hier muss die Landesregierung endlich ihr Phlegma abschütteln und das Gaspedal durchtreten

(Christian Winter, SPD: Das machen wir doch.)

und das Potenzial, das wir haben,

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

nämlich viel Fläche und viel grüne Energie, endlich in Wertschöpfung und gute Löhne ummünzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Den Unternehmen im Land, gerade den kleinen, denen kann jedenfalls ein bisschen mehr Rückenwind durch die Landesregierung nicht schaden. [...] – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

■ Henning Foerster, DIE LINKE

„Alle Menschen haben Anspruch auf ein auskömmliches Leben im Alter.“



Foto: Danny Gohlke

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...] möchte ich zunächst auch die Gelegenheit nutzen, Reinhard Meyer auf diesem Wege noch einmal für drei Jahre konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu danken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Wir haben im Herbst 2021 hart verhandelt, dabei vernünftige Ergebnisse erzielt und seitdem konsequent an der Umsetzung des Koalitionsvertrages gearbeitet. Vielen Dank dafür und für die Zukunft alles Gute!

Dem neuen Wirtschaftsminister Wolfgang Blank wünsche ich für die verbleibenden knapp zwei Jahre bis zu den nächsten Landtagswahlen ein glückliches Händchen. Meine Fraktion und ich persönlich wollen auch mit Ihnen gut zusammenarbeiten.

[...] Meine Damen und Herren, wenn wir einmal in die letzten kriegsgeschüttelten Jahre schauen, dann müssen wir uns nicht verstecken. Wir haben die Wertstandorte nach den geplatzten Träumen von asiatischen Ozeanriesen mit Tausenden Kreuzfahrttouristen gerettet. Damit haben wir überhaupt erst einmal die Grundlage dafür geschaffen, dass wir im Landtag darüber diskutieren können,

(René Domke, FDP: Wer hat da was gerettet?)

wie die Zukunft für die maritime Wirtschaft

(René Domke, FDP: Wer hat da was gerettet?)

in unserem Land aussehen soll.

(René Domke, FDP: Wer hat da was gerettet?)

Wir haben gemeinsam Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen forciert, die nachhaltig wirken,

(René Domke, FDP: Das ist ja wohl ein Witz!)

ob in Vorpommern mit Birkenstock und TOPREGAL

(René Domke, FDP: Gehen Sie mal hin nach Wismar und erzählen Sie es den Leuten!)

oder in Westmecklenburg mit Ypsomed und TecMed. [...] Und, Herr Domke, während man in Berlin sorgenvoll auf den Rückgang der bundesdeutschen Wirtschaftsleistung um 0,2 Prozent schaut, ist unser Land nach 2023 das zweite Mal deutscher Meister in Sachen Wirtschaftswachstum geworden.

(René Domke, FDP: Das liegt aber nicht an Ihnen. Das liegt aber nicht an Ihnen.)

[...] Natürlich habe ich zur Kenntnis genommen, dass aufgrund der schwachen Konjunktur Prognosen des IAB sagen, dass sich der Arbeitsmarkt einzutrüben droht und dass die Arbeitslosigkeit voraussichtlich um 0,2 Prozent in allen ostdeutschen Ländern im kommenden Jahr steigen wird.

(Zuruf von Michael Meister, AfD)

Darauf gilt es adäquat zu reagieren, zum Beispiel, indem man eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Bund und Land ermöglicht.

(René Domke, FDP: Aha!)

Und da ist die Idee, den Jobcentern ausgerechnet in der Situation die Mittel für die Arbeitsmarktintegration zusammenzustricken, eine vollkommen verkehrte.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Richtig!)

Genauso untauglich ist übrigens das neoliberale Trommelfeuer, das den Menschen weismachen will, die Kürzung von Sozialleistungen, die Senkung von Unternehmenssteuern und der Verzicht auf Lohnerhöhungen könnten unser Land aus der Krise führen. [...] Es braucht mehr statt weniger staatliche Investitionen, um eine Stärkung der Kaufkraft bei Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen zu erreichen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Michael Meister, AfD)

[...] Meine Damen und Herren, alle Menschen haben Anspruch auf ein auskömmliches Leben im Alter, auf Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit sowie eine gute Versorgung bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit. Dafür muss der Sozialstaat gestärkt und darf nicht abgewickelt werden. So bekämpft man Unsicherheit und schafft Vertrauen in Politik und in staatliches Handeln. Und deshalb werden wir auch nichts zurücknehmen. Es bleibt bei der Ausrichtung der GRW-Förderung auf gute Arbeit. Das Tariftrueugesetz steht nicht zur Disposition. Statt die verlorenen Kämpfe von gestern immer wieder ausfechten zu wollen, sollten sich die Arbeitgeber daran erinnern, dass sie im Zukunftsbündnis selbst ein Bekenntnis abgegeben haben, die Tarifbindung stärken zu wollen. Wir werden auch im kommenden Jahr verdiente Betriebsräte und Unternehmer gleichermaßen auszeichnen.

(Zuruf von René Domke, FDP)

Wir stellen Klein- und Kleinstunternehmen mit vorbildlicher Gesundheitsprävention im Sinne von Best Practice öffentlich ins Schaufenster. Wir tragen den Bedürfnissen der Campingwirtschaft mit einer angepassten Verordnung Rechnung. [...]

■ Sandy van Baal, FDP

„Kein „Weiter so!“, das schulden wir unseren Menschen.“



Foto: Danny Gohlke

[...] Es braucht [...] Mut,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

[...] die Lebensrealitäten von Unternehmern und ihren Mitarbeitern anzuerkennen.

(René Domke, FDP: Richtig!)

Und was sind die Realitäten? Keine Planungssicherheit, steigende Lebenshaltungskosten,

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

hohe Energiekosten, Zunahme von Arbeitslosenquoten. [...] Mit einem „Weiter so!“ kommt man nicht weiter.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Christian Winter, SPD)*

[...] Bei uns Freien Demokraten gibt es einen Slogan, [...] der es einmal plakativ zusammengefasst hat: Digital first, Bedenken second.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Diese Worte tragen eine wichtige Botschaft in sich. Sie stehen für eine proaktive, optimistische und leistungsbereite Lebenskultur,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Kauft Ihnen bloß keiner ab.)*

eine Kultur, die unser Land mal ausgezeichnet hat. [...]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Oder die FDP verlassen.
War das nicht genau so auf Ihrem Landesparteitag?)*

[...] Wir waren ein Land des Fortschritts, der Innovation und der Wissenschaft. [...] Warum war das damals so? Weil durch die strukturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Erfindergeist, Unternehmertum und Innovation belohnt wurden.

*(Horst Förster, AfD: Und Bildungspolitik –
Zuruf von Christian Winter, SPD)*

[...] an dieser Stelle komme ich zum Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Derjenige, der mehr wagt, [...] mehr arbeitet, [...] mehr investiert als der Durchschnitt, sollte am Ende nicht nur finanziell belohnt werden, sondern vor allem auch gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Das ist [...], was fehlt, die Wertschätzung für Leistung. [...] Leistung bringt Wohlstand.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)

[...] Fortschritt. Und Leistung bringt soziale Gerechtigkeit. [...]

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

[...] Kein „Weiter so!“, das schulden wir unseren Menschen, unseren Unternehmern, unseren Bürgern im Land. Wir müssen jetzt anpacken. [...]

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*



Foto: Danny Gohlke

René Domke, FDP: [...] knapp 30 Prozent Unternehmensbesteuerung! Die Unternehmen in Deutschland sind gar nicht mehr wettbewerbsfähig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)

Wir haben den größten Sozialhaushalt im Vergleich aller OECD-Staaten [...] wir brauchen endlich einen Kulturumbuch,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE, und
Jeannine Rösler, DIE LINKE: Ah!)*

eine Kultur des Ermöglichens, nicht des Verhinderns,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, FDP und Horst Förster, AfD)*

eine Kultur des Vertrauens, nicht des Misstrauens.

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Ihre Gesetzentwürfe atmen immer den Geist, ich muss um-
erziehen, ich muss den Unternehmen erst einmal erklären,
wie sie wirtschaften sollen.

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

Das ist der Fehler [...]

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

[...] schauen Sie auch mal auf die Vorschläge der Opposition [...].

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Ja, bisher
haben wir noch keine Vorschläge gehört.)*

Da steht eine ganze Menge Sinnvolles drin, Sie müssen sich
nur mal darauf einlassen [...]. Öffnen Sie sich endlich! Ich bin
wirklich begeistert, wenn wir endlich mal dieses große Mons-
trum, was alles hindert, „Bürokratie“ angehen können.

(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Ja.)

146 Milliarden, hat ifo gerade berechnet, 146 Milliarden
Wachstum oder Wirtschaftsleistung kostet uns die Bürokratie. [...]

TERMINE 2025

Hier können Sie mit dem Landtag MV ins Gespräch kommen



22 Februar	WIR-Aktionstag im Schlosspark-Center Schwerin
01 Juni	UNESCO-Welterbetag & Kindertag im Burggarten Schwerin
15 Juni	Tag der offenen Tür im Schweriner Schloss
20-22 Juni	MV-Tag in Greifswald
27 Juli	Jubiläum: „1 Jahr Welterbe“ im Schweriner Schloss
29-31 August	Leistungsschau in Pasewalk
14 September	Tag des offenen Denkmals im Schweriner Schloss



Forschungsdaten sollen leichter verfügbar sein

Debatte zum Forschungsdatenmanagement

Forschung und Wissenschaft produzieren ungeheure, kaum überschaubare Datenmengen. Ihre Speicherung ist nicht nur für die eigenen Arbeiten der Forscherinnen und Forscher unumgänglich, auch die internationale wissenschaftliche Community soll Einsicht erhalten und davon profitieren können.

Mit einem effizienten Forschungsdatenmanagement (FDM) wollen die Regierungsfractionen von SPD und DIE LINKE die Wissenschaft in MV stärken. Nach Ansicht von **Dirk Stamer** (SPD) leisten die Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen einen unschätzbaren Beitrag zur wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. „Investitionen in Wissenschaft und Bildung sind für uns direkte Investitionen in die Zukunft unseres Landes.“ Mit einem effizienten und zukunftsorientierten System soll es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglicht werden, Forschungsdaten einfacher zu speichern, zu teilen und wieder zu verwenden. Hochschulen könnten damit leichter Drittmittel einwerben, sagte Stamer. „Gerade das Einwerben von Drittmitteln wird aufgrund unserer aktuellen Haushaltslage vermutlich in den nächsten Jahren noch etwas wichtiger werden.“ Beispielsweise sei bei den Sonderforschungsbereichen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ein vorhandenes Datenmanagement eine notwendige Bedingung, um Anträge auf Förderung überhaupt stellen zu können. Im internationalen Wettkampf um die klügsten und talentiertesten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sei dies extrem wichtig. „Wir wollen die klugen Köpfe in diesem Land halten, aber auch weitere kluge Köpfe für dieses Land gewinnen.“

„Wenn Forschung und Wissenschaft die Motoren für die Innovationsfähigkeit unseres Landes sind, dann sind Daten der notwendige Treibstoff für diesen Innovationsmotor“, sagte Sozial- und Gesundheitsministerin **Stefanie Drese** in Vertretung von Wissenschaftsministerin Bettina Martin (beide SPD). Im Rahmen des digitalen

Wandels ergäben sich neue Wege und Möglichkeiten für die Beschaffung, Speicherung, Archivierung, Auswertung, Reproduzierbarkeit und Verbreitung von Forschungsergebnissen und Daten. „Wir in Deutschland haben da Nachholbedarf.“ Gerade in Zeiten der Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Big Data sei die Bereitstellung und Nutzung von immer größeren Datenmengen eine große Herausforderung. „Aber es gibt dazu keine Alternative.“ Das Vorhandensein eines FDM sei mittlerweile Standard und werde als sogenanntes Querschnittsthema in den Begutachtungen geprüft. „Es geht am Ende nicht nur um MV, sondern um die Wettbewerbs- und Anschlussfähigkeit an nationale und internationale Daten und Forschungsprojekte.“

Der Zugang zu Forschungsdaten ohne Hürden sei Grundvoraussetzung einer offenen Wissenschaftspraxis, betonte **Paul-Joachim Timm** (AfD). „Forscher und Wissenschaftler von nationalen und internationalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind darauf angewiesen, quellenübergreifend die für sie relevanten und bereits verfügbaren Forschungsdaten abfragen zu können.“ Allerdings sehe das in der Praxis etwas anders aus. Timm verwies auf EU-Vorgaben zur Speicherung und Organisation von Forschungsdaten. Hier seien die Bundesländer aufgefordert, landeskonzeptbasierte Initiativen zum FDM zu entwickeln. „Da muss man leider feststellen, dass MV wieder mal spät dran ist“, kritisierte Timm. Timm erwähnte den sogenannten Datenkompass MV, der nur noch bis Ende 2024 finanziert sei. „Auf den letzten Metern fällt Ihnen noch ein, die Fortsetzung dieses Projekts einzufordern. Das erinnert an jemanden, der am Heiligabend kurz vor Ladenschluss noch die letzten Geschenke besorgen möchte.“



Dirk Stamer (SPD)



Gesundheitsministerin Stefanie Drese



Paul-Joachim Timm (AfD)



Katy Hoffmeister (CDU)



Christian Albrecht (DIE LINKE)



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Barbara Becker-Hornickel (FDP)

„Viele Sätze, viele Absätze, viele Zeilen, viel Richtiges, wenig Neues und mindestens eine Enttäuschung.“ So fasste **Katy Hoffmeister** (CDU) den Antrag zusammen. Forschungsdaten in und aus FDM, die aus verschiedenen Disziplinen stammen, ermöglichten eine breitere und interdisziplinäre Zusammenarbeit. „Dies fördert das Verständnis komplexer Probleme aus verschiedenen Perspektiven und trägt wesentlich zu einer besseren Nutzung und effizienteren Verbreitung wissenschaft-

lichen Wissens bei.“ Auch Hoffmeister konstatierte, dass MV im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr spät dran sei. Um Drittmittel einzuwerben, sei ein FDM von zentraler Bedeutung. Es sei allerdings schade, dass die Regierungsfaktionen für dieses wichtige Thema keinen einzigen zusätzlichen Cent in die Hand nehmen. Sie vermutete, dass der Antrag im Wissenschafts- und Finanzministerium gescheitert wäre, wenn Gelder und Stellen gefordert worden wären. „Der Forschungsdaten-zug nimmt nur Fahrt auf, wenn sie ihn auch finanziell unterlegen“, betonte die CDU-Politikerin. Nicht nur sie, sondern auch die Hochschullandschaft in MV sei deshalb enttäuscht. MV dürfe nicht auf der Ebene des FDM scheitern.

„Daten entfalten ihren Wert nicht von selbst, sie müssen systematisch gesammelt, dokumentiert, analysiert und langfristig verfügbar gemacht werden, damit sie wiederverwendbar sind und Mehrwert schaffen können“, sagte **Christian Albrecht** (DIE LINKE). Das FDM sei zentrale Voraussetzung dafür, dass MV ein wettbewerbsfähiger Forschungsstandort bleibt. Es sei das Ziel des Antrags, das Land fit für die digitale Zukunft zu machen. Er verwies auf das Projekt Datenkompass MV. Damit sei ein wichtiger Schritt unternommen worden, um das FDM in MV zu stärken. Umfragen zeigten, dass viele Forscherinnen und Forscher in MV nur begrenzt mit modernen Tools und Methoden des FDM vertraut seien. Grundlage wissenschaftlicher Arbeit sei nicht nur die Generierung neuer Erkenntnisse, sondern auch die Möglichkeit, diese für die Nachwelt zu sichern. Derzeit gebe es im Landeshochschulgesetz noch keine verbindlichen Vorgaben für das FDM. „Das kann dazu führen, dass jede Hochschule ihre eigenen Standards entwickelt“, sagte Albrecht. Wenn MV hier nicht Schritt halte, werde der Verlust von Fördergeldern und -programmen riskiert.

Der Abgeordnete **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verwies auf seine eigenen wissenschaftlichen Arbeiten. Dabei habe er manchmal auch schmerzlich gelernt, dass Forschungsergebnisse immer nur so gut sind wie die Daten, auf denen sie beruhen. „Damit

Forschung unabhängig reproduziert werden kann, müssen die benutzten Daten langfristig verfügbar und zugänglich bleiben.“ Es sei deshalb kein Zufall, dass bei Anträgen auf Forschungsgelder immer die Beschreibung der Speicherung und Bereitstellung der Daten ein wichtiger Aspekt ist. Leider sehe die aktuelle Praxis manchmal so aus, dass sich einzelne Institute oder Arbeitsgruppen eigene Systeme zur Datenhaltung ausdenken und betreiben. „Das funktioniert oft genauso lange, bis die zuständige Person die Arbeitsgruppe oder Einrichtung verlässt oder das Projekt nicht weiter finanziert wird.“ Beim nächsten Projekt werde dann neu über Datenmanagement nachgedacht und neue Strukturen werden aufgebaut. „Das ist kein nachhaltiger Zustand“, betonte Damm.

Das FDM bilde das Fundament wissenschaftlicher Exzellenz, wirtschaftlicher Innovation und gesellschaftlicher Entwicklung, erklärte die FDP-Abgeordnete **Barbara Becker-Hornickel**. „Unser Ziel als Freie Demokraten ist es, nicht nur über Fortschritt zu sprechen, sondern ihn aktiv zu gestalten, effizient, nachhaltig und mit einem klaren Kompass der Freiheit und Eigenverantwortung.“ Sie sehe die Gefahr, dass die vorgeschlagene Verankerung des FDM im Hochschulgesetz und in Entwicklungsplänen zu einer unnötigen Zentralisierung führt. Die Hochschulen bräuchten keine zusätzlichen bürokratischen Fesseln, sondern die Freiheit, innovative Ansätze zu entwickeln. Sie bedauerte, dass der Antrag bei den Kosten und dem Nutzen der vorgeschlagenen Maßnahmen vage bleibe. „Digitalisierung und Datenmanagement sind essentiell, aber sie sind auch teuer“, betonte Becker-Hornickel. Auch fehle ihr der Fokus auf bundesweite Synergien. Ein starkes FDM könne nur in einem bundesweit abgestimmten Rahmen funktionieren. „Der Antrag verschwendet jedoch Potenzial, indem er sich zu sehr auf die Landespolitik konzentriert.“

Der Antrag wurde von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der anderen Fraktionen angenommen.

mgl

Antrag der Fraktionen der SPD
und DIE LINKE
Drucksache 8/4383

Sportlandschaft zukunftsfest gestalten

Aussprache zur Sportförderung in Mecklenburg-Vorpommern

MV ist Sportland - fast 18 Prozent der Bewohner sind in Sportvereinen organisiert. Dass die Voraussetzungen dafür erhalten bleiben und auch der Spitzensport die gebührende Zuwendung erfährt, dafür beantragte die CDU eine Aussprache zum Thema „Der Sport braucht mehr als warme Worte – Sportförderung reformieren, Sportstätten modernisieren, Eliteschulen des Sports sichern“ an. Die Fraktion wollte mit dieser öffentlichen Diskussion „den Druck erhöhen“, um die vorhandenen EU-Fördermittel freizugeben und eine Lösung für die Bezuschussung der Internatskosten an der CJD Christophorusschule Rostock zu finden. Die Fraktionen waren sich einig, dass der Sport „mehr als warme Worte“ verdient, hätten aber der Aussprache eine konkrete Drucksache mit Vorschlägen vorgezogen.

Der Sport in MV erfahre durchaus Wertschätzung, erkannte **Daniel Peters** (Fraktionsvorsitzender CDU) an. Aber „Symbolpolitik“ reiche nicht, es brauche „echte Unterstützung“, wo finanzielle Mittel in die Hand genommen würden. Er halte es für „alarmierend“, wenn für 16 Sportprojekte EU-Fördermittel in Höhe 1,9 Millionen Euro bewilligt wurden, diese aber nicht abgerufen werden könnten, weil die Landes-Richtlinie fehle. Auf diese werde seit fast 2 Jahren gewartet – völlig „inakzeptabel“, urteilte der Abgeordnete. Ein zweites Problem betreffe die Eliteschulen des Sports. Die CJD Christophorusschule Rostock befinde sich in freier Trägerschaft und bekomme daher nicht die vollen Zuschüsse. In Folge müssten die Elternbeiträge „exorbitant“ auf fast 900 Euro ansteigen. „Es ist wichtig, dieses Problem in den Griff zu bekommen“, mahnte Daniel Peters, sei es durch eine Novelle des Schulgesetzes oder mit 200.000 Euro aus Haushaltsmitteln.

„Der Sport verdient ganz sicherlich mehr als warme Worte“, stellte Sozialministerin **Stefanie Drese** voran. Trotz



Eine der Sportanlagen in Mecklenburg-Vorpommern: das Kurt-Bürger-Stadion in Wismar.

schwieriger Bedingungen gelinge das auch. Durch die Überführung des „Sportpaktes“ in das Sportförderungsgesetz wurden zusätzliche Mittel für das Ehrenamt und den Kinder- und Jugendsport möglich. Auch haben alle Bundesstützpunkte des Leistungssports eine Verlängerung bis Ende 2028 und damit Planungssicherheit. Der Ministerin war die notwendige „inhaltliche Modernisierung“ des Sportförderungsgesetzes bewusst. Diese werde gerade mit dem Landessportbund und den Kommunen beraten. Beim Thema Eliteschulen konnte Stefanie Drese „Licht am Ende des Tunnels“ sehen. Als „Ergebnis harter Arbeit und konstruktiver Gespräche“ werde es für alle Standorte in MV „eine Deckelung der Elternbeiträge bei etwa 300 Euro monatlich“ geben. Zu den von der CDU angemahnten 16 Projekten versprach die Ministerin schriftlich nachzureichen, woran es im Einzelnen lag. Die fehlende Richtlinie sei es nicht.

Thomas de Jesus Fernandez (AfD) stimmte zu: „Sport braucht mehr als warme Worte“. Doch müsse sich die CDU fragen, was sie in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung zum „Sanierungsstau bei Sportstätten“, einem „stiefmütterlich behandelten Breitensport“ oder der einem „Trauerspiel“ gleichenden Olympiabilanz des Landes beigetragen habe. Trotzdem wolle sich die CDU nun „als Retter des Sports präsentieren“. Aus Sicht der AfD brauche der Sport in MV keine „Symboldebatten“, sondern einen klaren Plan zur Sa-

nierung der Sportstätten und gezielten finanziellen und bürokratischen Entlastung finanzschwacher Kommunen. Zudem müsse der Schulsport ausgebaut werden. Trainer und Vereinsmitarbeiter bräuchten „faire Bedingungen und eine sichere Perspektive“. Talente sollten durch den Breitensport und durch Kooperationen von Schulen und Vereinen früh gefunden werden. Und zu guter Letzt müsse die Sportförderung verlässlich sein.

Der Sport sei einer der wenigen Bereiche mit fraktionsübergreifendem Konsens, freute sich **Christian Albrecht** (DIE LINKE). Dafür wurde auch „ordentlich Geld in die Hand genommen“ und die Sportförderung um eine Million auf 12,8 Millionen Euro erhöht. „Mehr ginge natürlich immer“, betonte der Abgeordnete, aber Geld könne nur einmal ausgegeben werden. Es sei „legitim“ Bedürfnisse anzusprechen, richtete er an die CDU, aber angesichts knapper Ressourcen sei es „eine große Leistung“, wenn der „Status quo“ erhalten bliebe. Zudem liege es weniger an den Investitionskosten für neue Sportanlagen, sondern schreckten die Kommunen „die sehr, sehr hohen Betriebskosten“ ab. Darum wäre ein konkreter Antrag der CDU mit Vorschlägen zur Finanzierung besser gewesen als eine Aussprache. „Unterm Strich“, hielt Christian Albrecht fest, habe es für den Sport unabhängig von der Regierungsverantwortung immer mehr als warme Worte gegeben.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) würdigte die Leistungen der Sportvereine und Freiwilligen Feuerwehren, die, insbesondere auf dem Land, jungen Menschen „Lern- und Erlebnisorte“ böten, aber auch zur Entwicklung „sozialer Kompetenzen“ und „Verantwortungsbewusstsein“ betrügen. „Hier wird ein elementarer Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft geleistet“, verdeutlichte der Abgeordnete die Wichtigkeit der Einrichtungen. Auch seiner Fraktion genügten warme Worte nicht, „es braucht eine dauerhafte und nachhaltige Sportförderung“, unterstrich Hannes Damm. Mit „Unverständnis“ habe er zur Kenntnis genommen, dass für das Projekt „Sport mit Haltung“ des Landessportbundes MV die Gelder gestrichen wurden und nun die „über lange Jahre aufgebauten Strukturen“ wegbrechen. Hier richte sich die Kritik an Bundesinnenministerin Nancy Faeser, aber seine Fraktion bleibe auch über die Bundesebene am Thema dran.

„Der Sport verdient mehr als Sonntagsreden. Er verdient konkrete Taten und Umsetzung“, erklärte **Sandy van Baal** (FDP) die Position ihrer Fraktion. „Besonderes Augenmerk“ gelte den Eliteschulen als „Rückgrat“ des Spitzensports. Hier fehle es oft an „ausreichender finanzieller Unterstützung, qualifiziertem Personal und angemessenen Trainingsbedingungen“. Die Abgeordnete forderte im

Sinne der langfristigen Sicherung der Sporteinrichtungen eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. „Spitzenförderung muss mit klaren Zielen und effizienten Strukturen gefördert werden - 1000 Ausrufezeichen“, gab Sandy van Baal ihrer Argumentation Nachdruck. Für eine Reform der Sportförderung, die Modernisierung der Sportstätten und die Sicherung der Eliteschulen sei die FDP bereit, in anderen Bereichen zu sparen, weil Sport eine Investition in eine „gesündere, stärker vernetzte und vor allem leistungsfähigere Gesellschaft“ sei.

Christian Brade (SPD) dankte allen Fraktionen, dass sie die „stete Erhöhung“ der Haushaltsmittel für den Sport mitgetragen haben. Doch Sport müsse nicht nur gefördert, „Sport muss gelebt werden - von uns allen, jeden Tag“. Er sei „der Schlüssel“ zur besseren Gesundheit und einem aktiven Lebensstil. Kein noch so hoher Etat mache aus einem jungen Menschen einen Elitesportler: „Es braucht Engagement, Vorbilder und Strukturen, die motivieren und begleiten“, hielt Christian Brade fest. Dazu gehöre auch, wie Athleten gesellschaftlich geehrt werden. Vielleicht brauche es da noch eine Nachjustierung „unseres Wertekompass“, fragte der Abgeordnete. Denn wenn Triathleten ihren Wettkampf in der Landeshauptstadt aufgrund überbordender behördlicher Auflagen absagen müssen, laufe etwas

falsch. Andererseits sicherten jedes Wochenende die Polizeihundertschaften Fussballspiele ab. „Alles auf Kosten der Gesellschaft“, gab der Abgeordnete zu bedenken.

Wolfgang Waldmüller (CDU) konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass alle „so ein bisschen um den Brei herum“ redeten. Viele Abgeordnete seien doch beim Sporttag gewesen, wo „lang und breit“ diskutiert worden war, worum es ginge. Das drängende Problem sei die fehlende Richtlinie. Darum könne er der Ministerin nicht folgen, die betone, im Grunde „ist ja alles in Ordnung“. Für die von seiner Fraktion erwähnten 16 Projekte gehe es „ausschließlich um das Fehlen dieser Richtlinie“. Wolfgang Waldmüller hielt es für ein „komplettes Organisationsversagen“, wenn in zwei Jahren keine Richtlinie auf den Weg gebracht wurde. Und beim Thema Elternbeiträge für die Sportschulen beträfe es auch den Schullastenausgleich, den die CJD Christophorusschule als private Schule nicht erhalte. Wolle man hier eine Lösung müssten sich die Landkreise einigen oder das Schulgesetz geändert werden. Nichts davon passiere und so riskiere das Land den Bestand einer Sportschule samt Olympia-Stützpunkt.

mye

Aussprache auf Antrag der Fraktion CDU

Friedensverpflichtung in der Landesverfassung

Aussprache über den Krieg in der Ukraine

Nach dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands herrscht seit fast drei Jahren in der Ukraine Krieg. Über die Frage, wie dieser Krieg beendet werden kann, gibt es in der Politik und der Bevölkerung Diskussionen. Dies zeigte auch eine Aussprache auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich angesichts aktueller außen- und innenpolitischer Entwicklungen in tiefer Sorge gezeigt. „Frieden ist kein naturgegebener Zustand“, sagte **Torsten Koplin** (DIE LINKE). „Er muss gestiftet, er muss

geschaffen, er muss gelehrt werden.“ Die Demokratie sei einer zunehmend existenziellen Bedrohung ausgesetzt. „Angesichts dieser Entwicklung ist Besonnenheit geboten.“ So dürfe nicht weiter an einer militärischen Eskala-

tionsschraube gedreht und der Sozialstaat müsse robust aufgestellt werden. Koplin griff den CDU-Bundesvorsitzenden und Kanzlerkandidaten, Friedrich Merz, scharf an. Dieser trete als „ganz eifriger Falke“ auf und preise beispielsweise den Marschflugkörper Taurus als Wunderwaffe an. Dagegen verdiene die Haltung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Unterstützung. Er spreche sich gegen eine weitere Eskalation aus. Gleichzeitig sei der CDU auch innen-

politisch an einer Zuspitzung sozialer Spannungen gelegen, sagte Koplin. Dem setze die MV-Koalition aus SPD und DIE LINKE den politischen Gegenentwurf, die Stärkung des inneren Friedens, entgegen.

„Die Position der AfD in Bezug auf Krieg und Frieden, in Bezug auf Eskalation und Deeskalation ist immer konsequent gewesen“, sagte **Jan-Phillip Tadsen** (AfD). Jeder Frieden sei eine Frage der Wehrhaftigkeit, die Stärkung der Bundeswehr sei elementar dafür, dass Deutschland seine Friedensinteressen wirksam artikulieren kann. Tadsen warnte davor, die Transformation, in der sich die globale Welt aktuell befindet, zu unterschätzen. Andere Akteure investierten in militärische Abschreckung. „Wenn wir das nicht tun, dann werden wir ins Hintertreffen geraten“, betonte Tadsen. Das gelte auch für den Umgang mit den USA. Tadsen griff die Aussage Koplins zur Stärkung der Demokratie und zu mehr Selbstreflexion auf. Die Linke solle das selbst beherzigen. „In der Migrationsfrage haben sie doch häufig nichts Besseres vor, als nur mit einer zum Himmel schreienden Polemik gegen vernünftige Lösungsansätze aufzutreten.“ Das widerspreche jeder kritischen Reflektion. Er kritisierte, dass es keine politische Zielvorstellung des Westens gebe, wie dieser Krieg in der Ukraine beendet werden kann.

Nach Ansicht von **Sebastian Ehlers** (CDU) ist DIE LINKE keine Partei der Vernunft und Verantwortung, sondern eine Partei der Realitätsverweigerung und der moralischen Nebelkerzen. Deren Haltung gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sei „eine unverantwortliche Einladung an einen Aggressor.“ Für DIE LINKE liege der Schlüssel zum Frieden in Besonnenheit und Verzicht auf Eskalation. Für DIE LINKE bedeute die entschlossene Unterstützung der Ukraine, die um ihre Existenz kämpft, eine Eskalation und Besonnenheit nenne sie das Zögern und Wegschauen angesichts eines brutalen Angriffskrieges. „Wer sich die vermeintlichen Argumente der Linksfraktion zum Thema Frieden anhört, der fühlt sich unweigerlich an die Mechanismen erinnert, mit denen bereits in der DDR kritische Stimmen zum Schweigen ge-

bracht wurden“, sagte Ehlers. Der Satz „Du bist doch auch für den Frieden“ sei in der DDR-Diktatur ein bewährtes Mittel gewesen, um Konformitätsdruck zu erzeugen und jede abweichende Meinung moralisch zu delegitimieren. „Die Linksfraktion bedient sich hier derselben Rhetorik.“ Diplomatie funktioniere nur, wenn sie von Entschlossenheit und Stärke begleitet wird. Auch die CDU sei logischerweise für Frieden und diplomatische Verhandlungen. „Aber Verhandlungen führt man nicht, wenn man die Waffe am Kopf hat, sondern nur aus einer Position der Stärke heraus.“

Prof. Dr. Robert Northhoff (SPD) verwies beim Umgang mit dem Krieg in der Ukraine auf die sozialdemokratischen Grundwerte. „Wir sind eine Partei der linken Mitte und links heißt für mich auch, dass uns neben der Würde des einzelnen Menschen auch die Gemeinschaft wichtig ist.“ Dazu gehöre die Solidarität mit den Schwächeren. Werde ein Schwächerer zu Unrecht angegriffen und man ist in der Lage zu helfen, dann sollte das getan werden. „Wir sind nicht nur berechtigt, wir sind auch verpflichtet, das so zu tun. Und die Ukraine kann also auf unsere Hilfe zählen.“ Das schließe auch Waffenlieferungen ein, sagte Northhoff. In der heutigen globalisierten Welt wäre ein radikaler Pazifismus mit vollständigem Waffenverzicht wohl naiv. „Da halte ich die Position von Bundeskanzler Olaf Scholz für voll richtig“, sagte der SPD-Politiker. Scholz habe nicht den Sieg der Ukraine für alternativlos propagiert. Er habe viel mehr deutlich gemacht, dass ein schneller russischer Sieg die russischen imperialistischen Gelüste noch anfeuern und auch Deutschland bedrohen würde. „Friedensförderung und Dialog: Diese Worte sind keine Schwäche, sie sind eine Stärke, aber nicht um jeden Preis.“

„Frieden tritt nicht einfach ein, wenn man aufhört, sich dem Aggressor entgegenzustellen“, betonte die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehlich**. Die Ukraine verteidige sich gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und versuche, illegal besetzte Gebiete von der russischen Besatzung zu befreien. Die russische Herrschaft in den be-

setzten Gebieten bedeute für die Menschen nicht Frieden, sondern Terror. „Mit der Lieferung von Waffen und Munition unterstützt Deutschland die Ukraine bei der Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstverteidigung“, fuhr Oehlich fort. Die militärische Unterstützung der Ukraine sei Voraussetzung, dass der Krieg mit Verhandlungen beendet werden kann. Auch wäre ein russischer Diktatfrieden kein nachhaltiger Friede, betonte die Grünen-Politikerin. Es sei ein Fehler gewesen, dass sich Deutschland und MV nicht ausreichend von Putin distanzieren haben. „Wenn die russische Führung nicht gestoppt wird, wird sie ermutigt, ihre imperiale Politik über die Ukraine hinaus fortzusetzen“, zeigte sich Oehlich sicher. Die Unterstützung der Ukraine sei eine notwendige Investition in die Sicherheit und den Frieden in Deutschland und Europa. Deutschland werde alle Anstrengungen unternehmen, dass die Verantwortlichen für die grausamen Verbrechen in der Ukraine zur Rechenschaft gezogen werden.

David Wulff (FDP) betonte, dass sich der Landtag in dieser Debatte der Verantwortung nicht entziehen könne, obwohl für den Einsatz deutscher Soldaten der Bundestag zuständig sei. „Jede Entscheidung, Soldaten der Bundeswehr irgendwo hinzuschicken, kann und darf keine leichte sein.“ Denn dies bedeute, Freunde, Bekannte oder Verwandte in ein Einsatzgebiet zu schicken, was im Zweifel auch tödlich enden kann. Deutschland müsse sich mit der eigenen Widerstandsfähigkeit auseinandersetzen, betonte Wulff. Das Konzept der Abschreckung bedeutet laut Wulff, dass sich ein äußerer Aggressor möglichst nicht trauen sollte, Deutschland anzugreifen, weil er mit einem Gegenschlag rechnen muss. Das funktioniere aber nur solange, wie diese Abschreckung glaubhaft und das Land in der Lage ist, Mensch und Material zu bewegen. Gleichzeitig müsse das Land den Willen haben, das auch durchzuziehen. Jeder Angriff von außen erzeuge Kosten und einen hohen Aufwand für den Angreifer. „Wir müssen dafür sorgen, dass sein Aufwand höher ist als der Schaden, den wir davontragen.“ Gleichzeitig müsse laut Landesverfassung dafür gesorgt werden, dass der gesellschaftliche Frieden gewahrt bleibt.

Mögliche Wege zum Frieden

Debatte über den Krieg in der Ukraine

Auch nach drei Jahren ist kein Ende des Krieges in der Ukraine abzusehen, bedauerte Horst Förster (AfD). Das Sterben gehe weiter und immer mehr Menschen treffe unsägliches Leid. Zudem lasse die sich überschlagende Kriegsrhetorik eine Ausweitung des Konfliktes befürchten. Es sei der Punkt erreicht, wo „alle Kraft, alle Fantasie, aller Mut für ein Ende dieses Krieges durch Diplomatie“ aufgebracht werden müsse. Darum appellierte die AfD in ihrem Antrag an die Landesregierung, sich auf allen Ebenen für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen einzusetzen. In der folgenden Debatte musste Landtagspräsidentin Birgit Hesse mehrmals um Ruhe bitten und zum gegenseitigen „respektvollen Umgang“ ermahnen. Keine Fraktion folgte dem Anliegen der AfD.

Das Blutvergießen müsse aufhören, verlangte **Horst Förster** (AfD). „Dieser Krieg, der nicht der unsrige ist, muss beendet werden!“ Es gebe zur diplomatischen Lösung keine Alternative. Forderungen zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern seien eine weitere „gefährliche Eskalation“. Der Abgeordnete erinnerte an die aus zwei Weltkriegen resultierende „tiefe Friedenssehnsucht“ Deutschlands – festgeschrieben im Grundgesetz sowie der Landesverfassung. Kriege hätten weniger mit Moral zu tun, „es geht stets um Interessen“. Deutschlands langfristiges Interesse müsste eine „Normalisierung der Beziehungen“ zu Russland sein. Horst Förster wunderte sich, dass ein neuer Kalter Krieg, dessen Gewinner allein die Rüstungsindustrie wäre, „anscheinend wehrlos hingenommen“ werde und fragte, ob die Befürworter des Ukrainekrieges eine Vorstellung vom „unvorstellbaren Leid“ eines Krieges hätten.

Der AfD-Antrag reflektierte für Innenminister **Christian Pegel** (SPD) ein außen- und bundespolitisches Thema. Da es aber viele Menschen berühre, stehe dem Landtag eine Debatte darüber zu. Der Minister warnte davor, Befürworter von Friedensinitiativen als „Putinverstärker“ zu diffamieren oder Unterstützer von Waffenlieferungen als „Kriegstreiber“. Er versicherte Horst Förster, dass er ihm die „tiefe Sehnsucht nach Frieden“ abnehme. Dennoch müsse man sich vor einer „Täter-Opfer-Umkehr“ hüten. Hinsichtlich der Unterstützung der Ukraine verwies Christian Pegel auf die „ausschließlich nicht militärische“ Hilfe

durch die Zivilgesellschaft des Landes. Auf Bundesebene habe der Kanzler dankenswerterweise „einen sehr fein abwägenden Weg“ beschritten. Um Ruhe in die Debatte zu bringen, plädierte der Minister dafür, davon auszugehen, dass sich jeder „von Herzen“ Frieden „auf der ganzen Welt und insbesondere in der Ukraine“ wünsche.

Ann Christin von Allwörden (CDU) verurteilte den Antrag der AfD nicht nur als ein „Lehrstück an Scheinheiligkeit und Ignoranz“, sondern auch als „moralisch verlogenes Dokument“. Es bediene die „aggressiven Interessen des Kremls“ und ignoriere, dass Russland ein souveränes Land überfallen habe. Ein Frieden nach russischen Bedingungen wäre eine Kapitulation und das scheine der AfD vorzuschweben. „Es ist die Ukraine, die entscheidet“, wann und wie sie Verhandlungen aufnehmen wolle. Diplomatie funktioniere nur aus einer Position der Stärke, unterstrich Ann Christin von Allwörden. Die „Logik“ des Antrages trage die „fatale“ Botschaft für Russland: „Europa ist nicht bereit zu kämpfen“. Auch eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland sei „ein weiteres Märchen“.

Die Drucksache stelle einen Angriff auf die Solidarität mit der Ukraine und die europäische Friedensordnung dar. Das lehne die CDU-Fraktion „entschieden“ ab.

„Grundsätzlich“ stehe DIE LINKE für „die gewaltfreie Lösung von Konflikten“, schickte **Torsten Koplín** (DIE LINKE) voran. „Wir ächten und verabscheuen

jede kriegerische Gewalt“. Es sei tatsächlich notwendig, mehr Diplomatie für einen Verhandlungsfrieden einzusetzen. Das Töten müsse ein Ende haben, „am besten sofort“, betonte Torsten Koplín. Er dankte dem Innenminister für seine Worte, denn es sei eine Pflicht, die Ängste der Menschen anzunehmen. Deshalb sei es nicht förderlich, in den Medien über Pläne zur Einrichtung von Bunkern zu hören.

Dennoch weise seine Fraktion den AfD-Antrag „ganz klar“ zurück. Denn die AfD sei keine Friedenspartei; sie stehe „für finanzielle und personelle Aufrüstung“. Auch wer Öl und Gas aus Russland beziehen wolle, fülle „die Kassen dieser ganzen Oligarchen“ und verlängere den Krieg. Im Unterschied zu „Geschächter“ fuße Diplomatie auf Völker- und Menschenrecht.

„Die AfD spielt das Spiel von Wladimir Putin“, gab **Constanze Oehrich** (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu verstehen. Es werden „Behauptungen in den Raum gestellt“ und unterschlagen, wer für die Lage verantwortlich sei. Die AfD verschleierte, dass sie einen Sieg Russlands über die Ukraine und deren Unterwerfung befürworte. „Natürlich“ setzten sich die Bündnisgrünen für Frieden in der Ukraine ein und benennen klar, dass dies von Wladimir Putin verhindert werde. Wer auf eine „Vorgeschichte“ des Krieges verweise, ohne die Verantwortung für den Krieg zu erwähnen, „schafft einen Resonanzraum für Kremlinarrative“. Auch „raunt“ die AfD von der Gefahr eines Dritten Weltkrieges, mit dem einzig Wladimir Putin drohe. „Frieden muss Frieden für die Angegriffenen sein“, bekräftigte Constanze Oehrich. Während die AfD „fest an der Seite der Diktatoren dieser Welt“ stehe, ergriffe ihre Fraktion Partei für die Angegriffenen und lehne den Antrag an.

René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) warf der AfD durch die Einbringung des Antrages mangelnde Haltung vor. Er fand es „entlarvend“, wenn sie keine

Rechtfertigung für den Ukraine-Krieges erkennen könne, ihn dann aber „unentwegt“ rechtfertige. Er fragte Horst Förster, ob er „ernsthaft“ glaube, der Zweite Weltkrieg wäre mit Gebietsabtretungen an Hitler beendet worden. Vor einem Jahr habe René Domke die Situation in der Ukraine direkt vor Ort erlebt. Ihm sei bewusst geworden, dass doch zunächst erst Voraussetzungen für eine mögliche Diplomatie geschaffen werden müssten. „Da sind die Kriegsparteien gefragt“, vor allem die Ukraine. Die AfD stelle sich hin und tue so, als wenn in den vergangenen drei Jahren noch niemand über eine diplomatische Lösung nachgedacht habe. Die diplomatischen Kanäle seien „durchaus offen“. Allerdings sei Putin „überhaupt gar nicht bereit, zu verhandeln“, befand der Abgeordnete und ergänzte: „Warum sollte er auch?“

Prof. Dr. Robert Northoff (SPD) war gerade von einem Besuch in der Ukraine zurück, wo er die Trauer aber auch den Friedenswillen erlebt habe. Es stünde außer Frage, jeder möchte den Krieg in der Ukraine beenden. Wir als Deutsche, so Prof. Dr. Northoff, haben

den letzten Weltkrieg mit unzähligen sowjetischen und ukrainischen Opfern begonnen. Aus dieser deutschen Schuld erwachse Verantwortung für „die Zukunft gegenüber beiden Seiten“. Das schließe Deutschland als „Friedensstifter“ aus, wenngleich es möglich sei, im „Backoffice“, über den Bundesrat und die Parteistrukturen Gespräche zu führen. Deutschland tue das auch. Es könne aber keinen Frieden um jeden Preis geben – um „den Preis der verlorenen Freiheit, der Erniedrigung, der Ungerechtigkeit“. Diese Abwägung vermisste Prof. Dr. Northoff im AfD-Antrag. Aufgrund dieser fehlenden Fairness und Gerechtigkeit lehne die SPD den Antrag ab.

Horst Förster (AfD) dankte Innenminister Pegel für die ausgewogene Sichtweise, wies aber die „unsägliche Aneinanderreihung von Unterstellungen“ aller anderen Fraktionen zurück. Der AfD ginge es darum, „die Realitäten ins Auge zu fassen“ und zu überlegen, wie dieser Krieg beendet werden könne.

Es müsse auch erlaubt sein, über die

Wirkungen der Sanktionen nachzudenken. Deutschland habe eigene Interessen, und wenn es nicht der „unsrige Krieg“ sei, dann müsse die immer riskanter werdende Unterstützung der Ukraine Grenzen haben.

Ergänzend fügte **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) hinzu, dass der Antrag bewusst offengehalten wurde, um mit den anderen Fraktionen Bedingungen für einen Frieden in der Ukraine zu diskutieren. Er zeigte sich enttäuscht, dass die Debatte „ganz krass“ entglitten sei. Das werde den realen Sorgen der Menschen über diesen Krieg nicht gerecht. Denn es bleibe eine Frage des politischen Willens, auch des Landtags, wie der Krieg beendet werden könne. Keiner habe das auch nur im Ansatz behandelt.

Mit den Gegenstimmen aller Fraktionen, bei Zustimmung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten wurde der Antrag abgelehnt.

mye

Antrag AfD - Drucksache 8/4387

Finanzimpulse für die Wirtschaft

Debatte zum Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern

Deutschland verliere seit den 1990er Jahren sein wirtschaftliches Produktionspotenzial und belege unter den G-20-Ländern den vorletzten Platz beim Wachstum, zeigte sich die FDP alarmiert. Darum wollte die Fraktion mit einem Antrag für eine wachstumsorientierte Finanzpolitik gegensteuern. Sie verteidigte die Beibehaltung der Schuldenbremse, schlug die allgemeine Steuer senkung für Unternehmen bei einer Vereinfachung des Steuerrechts vor und plädierte für mehr Steuerautonomie der Länder und Kommunen. Sowohl der Antrag als auch eine Überweisung wurden abgewiesen.

Gegenwärtige ökonomische Probleme seien „struktureller Art“ und verlangten daher nach einer „Wirtschaftswende“, legte **René Domke** (Fraktionsvorsit-

zender FDP) dar. Dafür unverzichtbar sei die Schuldenbremse, um den Trend zur „chronisch ansteigenden Staatsverschuldung“ umzukehren und so künftigen Generationen „haushaltspolitische Spielräume“ zu garantieren. Dazu gehöre auch eine „wachstumsfreundliche Finanzpolitik“ mit geringerer sowie einfacherer Steuerbelastung von Unternehmen. Denn der Staat gestalte lediglich die Rahmenbedingungen, wohingegen „wirtschaftliche Gewinner“ das Resultat von Unternehmertum seien. Zu häufig würde „Politik nach Förderprogramm“ gemacht, statt sie auf „die Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten der Menschen vor Ort“ auszurichten, kritisierte René Domke. Darum setze sich die FDP auch für eine „Föderalismusreform“ ein, damit Länder und Kommunen ihre Finanzen selbstbestimmt organisierten und die Bürger die Verwendung ihrer Steuern nachvollziehen könnten.



Der Antrag greife wichtige Themen auf, gestand Innenminister **Christian Pegel** in Vertretung für Finanzminister Dr. Heiko Geue ein. Allerdings fehlten Lösungen und die „Vorreiterrolle“ des Landes werde in vielen der angesprochenen Bereiche verkannt. Die Schuldenbremse sei zwar „ein unverzichtbares Instrument“ der Haushaltsdisziplin, aber nach 15 Jahren „nicht mehr zeitgemäß“. Sie hemme zukunftsweisende Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung – also gerade dort, wo „volkswirtschaftlicher Mehrwert“ entstünde. Trotzdem gelang dem Land dieses Jahr eine Investitionsquote von 17,4 Prozent. Nicht neue Schulden, sondern Einsparungen in der Landesverwaltung machten das möglich. Die FDP-Forderung nach allgemeiner Steuersenkung ignoriere die angespannte Haushaltslage. Deswegen plädierte der Minister für das effizientere Einsetzen vorhandener Mittel im Sinne einer „verantwortungsvollen und nachhaltigen Finanzpolitik“.

„Weniger Staat, weniger Bürokratie und weniger Steuern – ein Denken in die richtige Richtung“, lobte **Martin Schmidt** (AfD) den Ansatz der FDP, der sich mit der Programmatik der AfD überschneide. Doch genauer betrachtet offenbare der Antrag „Widersprüche“ und „leere Floskeln“. Auch die AfD halte eine Orientierung auf eine „sparsame, bürgernahe und strategisch ausgerichtete Finanzpolitik“ für „dringend notwendig“. Die FDP habe recht beim Thema Schuldenbremse. Doch wer keine Schulden bei einem soliden Haushalt wolle, könne nicht gleichzeitig „massive Steuersenkungen“ für Unternehmen befürworten und so dem Staat die notwendigen Einnahmen entziehen. „Wo wollen Sie denn sparen? Straßen? Schulen? Klimaschutz?“, fragte Martin Schmidt. Insgesamt präsentiere der Antrag „viele schöne Ideen“, die aber „wie ein Haus ohne Fundament“ nicht tragfähig seien. Seine Fraktion werde sich daher enthalten.

Zumindest seien sich FDP und CDU einig, dass Deutschland dringend eine Wirtschaftswende brauche, versicherte **Marc Reinhardt** (CDU) dem Antragsteller. Das Gleiche gelte für die vorgeschlagene „Entflechtung der öffent-

lichen Finanzverwaltung“. Eine „klare“ Erkennbarkeit der Finanzverantwortung sei eine „wichtige Sache“. Auch mit der Steuervereinfachung laufe die FDP bei der CDU „offene Türen ein“. Allerdings sehe die CDU die stärkere „Autonomie von Ländern und Kommunen bei der Steuererhebung“ kritisch. Das würde die „Balance“ zwischen wirtschaftlich starken Regionen mit günstigen Steuersätzen und schwächeren Regionen, die auf höhere Steuern angewiesen seien, stören. Zudem stünde dies im Konflikt mit dem Gebot des Grundgesetzes für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die CDU befürworte nicht alle Punkte des Antrages, wolle aber darüber im Ausschuss weiter diskutieren. Darum beantragte Marc Reinhardt die Überweisung.

Torsten Koplin (DIE LINKE) interpretierte den Antrag als Wahlprogramm der FDP zur kommenden Bundestagswahl, aber nicht als „Konzept für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik“. Hinter „wohlklingenden Begriffen“ verberge sich „eine politische Ideologie aus einer längst vergangenen Zeit“ mit einem „schädlichen Mix aus Sparzwang, Wachstumshörigkeit und Leistungsfetisch“. Für die FDP sei Arbeit „keine Quelle von Würde und Sinn, sondern eine bloße Produktions- und Kostenfaktor-Angelegenheit“. Leistung sei einzig das, was den Profit steigere und Wachstum die Antwort auf alle Probleme.

Aus Sicht seiner Fraktion bedeute Wachstum ohne soziale und ökologische Einbettung einen Rückschritt. „Es ist ein Wachstum, das Reiche noch reicher macht und die Armen noch ärmer“, verdeutlichte Torsten Koplin. „Wir als Linke sagen, nicht Wachstum ist das Ziel, sondern Lebensqualität, Gerechtigkeit und nachhaltiger Umgang mit unseren Ressourcen“.

„Wirtschaftspolitisches Brainstorming“, nannte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den FDP-Antrag. „Zwischen Allgemeinplätzen, einigen diskussionswürdigen Feststellungen, aber auch nebulösen finanzpolitischen Vorschlägen mit unbestimmtem Lösungshorizont“, finde sich die bekannte FDP-Forderung nach der Beibehaltung der Schuldenbremse.

„Das halten wir für den falschen Weg“, bekräftigte Dr. Harald Terpe, denn es sei „kontraproduktiv“, die Staatsverschuldung zum wichtigsten wirtschaftspolitischen Aspekt zu erheben, während die Wirtschaft „schwächelt“ und ein „riesiger Investitionsstau“ vor sich geschoben werde. Schulden für Investitionen seien durchaus im Interesse künftiger Generationen, da sie von den Erträgen profitierten. Sonst sinke der Nettovermögensbestand, weil Infrastruktur schneller zerfalle als sie saniert werde. „Es gibt also sehr gute Gründe Staatsschulden nicht per se zu verteufeln“, gab der Abgeordnete zu bedenken.

Für **Tilo Gundlack** (SPD) war der Antrag „aufgewärmter alter Kaffee“ und wiederhole nur bekannte FDP-Positionen: Steuern runter, keine Schulden, weniger Staat, mehr Freiheiten für Unternehmen auf dem Rücken der Arbeitnehmerschaft. Da die SPD-Fraktion von einer „dringenden“ Reform der Schuldenbremse „überzeugt“ sei, habe das Land dazu einen Antrag in den Bundesrat eingebracht. Die gegenwärtige Haushaltslage schließe sowohl Investitionen ohne Kreditaufnahme aus als auch allgemeine Steuersenkungen. Da neue Steuersenkungen „massive Probleme“ und „Verwerfungen“ bei den Einnahmen verursachen würden, riet Tilo Gundlack zum „gezielten“ Einsatz bestehender Mittel. Am Ende verwies der Abgeordnete auf die Regierungsbeteiligung der FDP im Bund. Nun die Landesregierung auffordern zu wollen, den von der FDP auf Bundesebene verursachten „Scherbenhaufen“ zu beseitigen, „verschlägt einem echt die Sprache“. Die SPD werde weder einer Überweisung noch dem Antrag zustimmen.

Der Unterschied zwischen einer Kreditaufnahme des Staates und eines Unternehmens liege darin, erklärte **René Domke** (Fraktionsvorsitzender FDP), dass ein Unternehmen seine Vermögenswerte ganz genau kenne. Im Gegensatz dazu könne das Land nicht einmal sagen, in welchem Zustand sein Vermögen sei. Es werde „ins Blaue hinein“ investiert, ohne die Kosten der Bewirtschaftung einzukalkulieren. Dafür würden dann Schulden aufgenommen. Das hielt der Abgeordnete für einen „Mechanismus der Verantwortungslosigkeit gegenüber

nachfolgenden Generationen“. Diese bräuchten genauso Finanzspielräume. Der Abgeordnete wies den Vorwurf des Wahlkampfes zurück. Natürlich werbe er für ein Wirtschaftskonzept. Denn seine Fraktion sei davon überzeugt, dass es ohne eine „Wirtschaftswende“ nicht weitergehen könne. In der Debatte wurde Wachstum aus einer „viel zu engen Per-

spektive“ betrachtet. Die FDP wolle den Kuchen vor dem Verteilen vergrößern. „Wachstum heißt doch für alle mehr“, versuchte René Domke das Parlament nochmal zu überzeugen.

Der Überweisung des Antrages stimmten CDU, FDP und AfD zu; DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren

dagegen. Allein die FDP war für den Antrag – CDU und AfD enthielten sich. Mit den Gegenstimmen aller anderen Fraktionen wurde der Antrag abgelehnt.

mye

Antrag FDP - Drucksache 8/4377

Sozialwohnungsbau und Klimaschutz

Debatte des Landtages über sozialen Wohnungsbau



Sozialer Wohnungsbau in der Severinstraße in Schwerin.

Foto: nordreport

In MV ist die Zahl der Sozialwohnungen in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Grund dafür ist unter anderem das Auslaufen der sogenannten Belegungsbindungen, wodurch nur Menschen mit Wohnberechtigungsschein entsprechende Wohnungen mieten durften. Auch deutschlandweit gibt es seit Jahren Diskussionen um den sozialen Wohnungsbau. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand mit dem Vorschlag zur nachhaltigen Sanierung von Wohnungen keinen Widerhall.

MV befindet sich nach Ansicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einer akuten Sozialwohnraumkrise. Im Jahr 2014 standen etwa 6900 Sozialwohnungen zur Verfügung, heute sind es nur noch 2443, wie **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte. „Der Rückgang muss gestoppt und umgekehrt werden.“ Statt beim sozialen Wohnungsbau vorrangig den langwierigen Neubau zu präferieren, setze seine Partei den Fokus auf die energetische Sanierung von Bestandsbauten. „Sanierungen sind nicht nur schneller umsetzbar, sondern auch kosteneffizienter und klimafreundlicher.“ Zudem solle die Attraktivität für Investitionen gesteigert werden, indem die Belegungsbindung bei gleichbleibender Zinsbindung verkürzt wird. So könnten

mehr Bürgerinnen und Bürger schneller von günstigen Mieten profitieren. „Gleichzeitig steigt die Sanierungsquote, was zur Erreichung der Klimaziele nötig ist und ebenfalls besonders einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen zugutekommt“, erläuterte Damm. Durch die Förderung von Sanierungen werde mehr gebundener Wohnraum geschaffen, ohne dabei hohe Kosten für Neubauten zu verursachen. Die energetische Sanierung senke die Heizkosten für Mieterinnen und Mieter langfristig. Zusätzlich würden die Emissionen bei der Nutzung des Gebäudes gesenkt. Damm schlug ein Förderprogramm vor, mit dem bislang liegengeliebene Mittel aus der Wohnraumförderung aktiviert werden könnten.

Innen- und Bauminister **Christian Pegel** (SPD) verwies auf Einschätzungen des Dachverbands der kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften. „Die würden Ihnen jetzt etwas anderes entgegenhalten“, sagte Pegel in Richtung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diese würden sagen: „Hoch mit dem Klimaschutz, runter mit den Kosten“. In den letzten Jahren habe es weniger Klimaschutz, aber extrem hohe volkswirtschaftliche Kosten gegeben. In den vergangenen drei Jahren sei gerade auf Bundesebene unter grüner Verantwortung dafür Sorge getragen worden, dass es heute aufgrund extrem hoher Anforderungen für diese Energieeffizienzbereiche nahezu unbezahlbare Investitionskosten im Wohnbereich gebe. Pegel gab die Einschätzung des Dachverbands wieder, dass es für den Klimaschutz sehr viel effektiver wäre, wenn in sehr viele und zum Teil extrem energieineffiziente Wohnungen überschaubares Geld investiert werde. Derzeit sei es so, dass ganz viel staatliches Geld in wenige Wohnungen gesteckt werde, um dann aber im Zweifel überbordende und nahezu nicht erreichbare Standards herzustellen. „Es lohnt sich, einfach mal auch mit dem Verband zu reden“, empfahl der Minister.

Es sei eine Politik der Illusion, wenn BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN behaupten, dass durch höhere Energieeffizienzstandards im sozialen Wohnungsbau Kosten gesenkt, die Sanierung beschleunigt und am Ende sogar die Bürokratie abgebaut werden kann, sagte **Stephan Reuken** (AfD). Stattdessen würden die Sanierungskosten explo-

dieren, wenn Effizienzhausstandards auf dem Niveau der Effizienzhaus-Stufe 55 eingeführt werden. „Diese Standards erfordern teure Materialien, aufwendige Technik und Spezialfirmen, die sowieso schon Mangelware sind“, kritisierte Reuken. Gleichzeitig würden sich die Bauzeiten verlängern. „Haben Sie mal versucht, in letzter Zeit einen Handwerker zu bekommen? Dann können Sie nachvollziehen, wie schwierig das werden wird, so etwas umzusetzen“, sagte der AfD-Politiker. Es sei auch zu erwarten, dass durch komplexe neue Förderrichtlinien und zusätzliche Kontrollen zur Einhaltung dieser Standards die Bürokratie weiter aufgebläht wird. „Es ist eben keine Politik der Effizienz oder Nachhaltigkeit, es ist nichts anderes als Wahlkampf mit falschen Versprechen.“

Ein akuter Wohnraumangel herrsche nicht nur bei Inhabern von Wohnberechtigungsscheinen, der Wohnungsmarkt sei insgesamt völlig aus dem Gleichgewicht geraten, konstatierte **Marc Reinhardt** (CDU). Er führte aus, dass die notwendigen Maßnahmen für ein Effizienzhaus-Stufe 55 bei Neubauten direkt von Beginn an eingeplant und finanziert werden. „Bei bestehenden Immobilien müssen sie nachgezogen werden, um den Standard zu erreichen. Das ist nach den derzeitigen Technologien und dem Hinterherwatscheln der deutschen Industrie und Energiepolitik hinter anderen Ländern kaum möglich.“ Dies würde bei vielen Vorhaben in die wirtschaftliche Insolvenz führen. „Die überhöhten Klimaschutz-Anforderungen und überregulierten Bauvorschriften schwächen die Lage auf dem Wohnungsmarkt“, sagte Reinhardt. Die Bundesregierung habe aus den Fehlern beim Heizungsgesetz wenig bis gar nichts gelernt. Bei dem mit Hilfe der Grünen verabschiedeten Energieeffizienzgesetz habe sich gezeigt, dass nicht einmal die Bundesregierung ihre selbstgesteckten Ziele zur Energieeinsparung bei ihren eigenen Unternehmen und Rechenzentren erreicht hat.

„Der Wohnungsmarkt ist regional sehr unterschiedlich. Wohnraum ist insbesondere in den Unistädten und den touristischen Hochburgen knapp, dort geht es ohne Neubau nicht“, sagte **Daniel Seiffert** (DIE LINKE). Gleichzeitig bestehe in ländlichen Regionen

des Landes ein struktureller Leerstand. Dort erschwerten Lage, fehlende Infrastruktur und teilweise auch der Zustand der Gebäude eine Vermietung. „In weiten Teilen des Landes ist der Wohnungsmarkt ausgeglichen, die im Antrag beschriebene Dramatik gilt somit nicht landesweit“, stellte Seiffert fest. Er widersprach der Forderung der Grünen, die Bindungsfristen im sozialen Wohnungsbau zu verkürzen. Die rot-rote Regierung habe sich in der Koalitionsvereinbarung darauf geeinigt, die Dauer der Zweck und Mietpreisbindung auszudehnen. Die Bindungsfristen seien mit 40 Jahren in der Neubau- und mit rund 33 Jahren in der Modernisierungsförderung verdoppelt worden. „Eine Verkürzung würde den von den Bündnisgrünen kritisierten Rückgang der Anzahl der Sozialwohnungen erneut beschleunigen“, betonte Seiffert. Die Gelder seien effektiver eingesetzt, wenn möglichst viele Wohnungen profitieren anstatt einige wenige sehr teure Leuchtturmprojekte.

„Sozialer Wohnungsbau hat herzlich wenig mit Klimaschutz zu tun“, erklärte **David Wulff** (FDP). Beim Klimaschutz sei der umfassende CO₂-Zertifikatehandel das beste und effizienteste marktwirtschaftliche Mittel - wenn man da anfängt, wo am ehesten etwas gemacht werden kann und für wenig Geld die meisten Einsparungen erhält. Das liefere einen Anreiz für Innovation, sei wirksam und vor allen Dingen bürokratiearm. Der FDP-Politiker betonte, dass seiner Meinung nach sozialer Wohnungsbau letztlich unsozial sei. Sozialwohnungen seien in der Regel für Menschen mit einem entsprechenden Berechtigungsschein. „Menschen mit mittlerem Einkommen müssen für den Kauf oder eine Miete ihrer jeweiligen Wohnung oder Häuser entsprechend mehr bezahlen.“ Dies sei eine Umverteilung, die er als sozial ungerecht empfinde. Zudem liege die Fehlbelegungsquote bei 30 bis 40 Prozent. Sozial ungerecht sei auch, dass Menschen umziehen müssten, sobald sie mehr verdienen. Sie müssten ihr Umfeld verlassen, nachdem sie dort mehrere Jahre gelebt, die Kinder zur Schule gegangen und sie sich ein soziales Umfeld geschaffen haben.

Die Feststellung, dass es einen massiven Mangel an sozialem Wohnraum in MV gibt, ist nicht zutreffend“, erklärte **Rainer Albrecht** (SPD). Es gebe Regionen, in denen die Situation angespannt ist. Deshalb habe die Landesregierung Verordnungen zum Mietpreis und zur Kappung von Mietererhöhungen in Rostock und Greifswald erlassen. Und es gebe Regionen, in denen der Wohnungsmarkt weitgehend ausgeglichen ist und auch solche Orte in den peripheren ländlichen Lagen, in denen es nennenswerten Leerstand gibt. „Die Zahl der Sozialwohnungen besitzt daher für die Beurteilung des Wohnungsmarktes einer Region nur eine geringe Aussagekraft.“ Albrecht bezeichnete mehrere Feststellungen im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als falsch. So werde mit der sozialen Wohnraumförderung des Landes den gesetzlichen Standards vollumfänglich Rechnung getragen. Angesichts des hohen Preises und Kostendrucks in der Bauwirtschaft wären kostenintensive und über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Standards nicht zielführend. Sie trügen deshalb nicht zu einer Erhöhung der Zahl der Mietpreis- und belegungsgebundenen Sozialwohnungen bei.

Der Antrag wurde bei Zustimmung durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

mgl

*Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4376*

Ostseeregionen stärken Zusammenhalt

Internationale Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum, ist ein in der Landesverfassung fest verankertes Ziel. Dazu gehören auch die alljährlichen Konferenzen der regionalen Parlamente der Ostsee, zu deren Entschlüssen der Landtag abstimmt. Doch für die Beschlüsse der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz, vom August 2024 in Dänemark, beantragten SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP eine zusätzliche Aussprache. Denn neben dem Umwelt- und Klimaschutz sei die verteidigungspolitische Zusammenarbeit vor allem zum Schutz kritischer Infrastruktur hinzugekommen, begründete Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp (CDU) den Diskussionsbedarf. Der Fokus der Kooperation habe sich hin zu „Sicherheit, Unabhängigkeit

und Widerstandsfähigkeit im demokratischen Ostseeraum“ verschoben, erklärte Philipp da Cunha (SPD). Hierzu leiste das Land mit dem CTF Baltic Rostock als Kommandositz der Marine einen wichtigen Beitrag. Jens-Holger Schneider (AfD) kritisierte, dass die AfD bei diesem Antrag „außen vor gelassen“ wurde. Dabei schätze er den Austausch auf der Konferenz, wo gerade in kleinerer Runde „Klartext“ geredet werde. Trotz „wertvoller Ansätze“ der Resolution vermisste Katy Hoffmeister (CDU) die Einbettung der „wirtschaftlichen, ökologischen und digitalen Sicherheit in die militärische Sicherheit“.

Generell befürworte seine Fraktion die Entschlüsselung, bestätigte Christian Albrecht (DIE LINKE). Lediglich die nicht näher definierte „unerschütterliche Unterstützung“ der Ukraine sei bedenklich und die „kontinuierliche Steigerung“

von Verteidigungsausgaben lehne DIE LINKE ab. Das Papier allein werde die Ostsee nicht schützen, brachte Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an. Ohne politische Rahmenbedingungen werde der Eutrophierung, eines der „größten Probleme der Ostsee“, nicht begegnet werden können.

Mit einem „Bogen zurück zur Landespolitik“, mahnte David Wulff (FDP) „klare Zuständigkeiten“ bei der Abwehr von Bedrohungen im Ostseeraum und eine verbesserte „Resilienz der Bevölkerung“ an. Hieran müsse gearbeitet werden. Der Antrag wurde mit der Zustimmung aller Fraktionen außer der AfD angenommen.

*Antrag SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 8/4382*

Mehr Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen gefordert

Die Polizei soll nach Ansicht der CDU-Fraktion die Befugnis zu stichprobenartigen und anlasslosen Kontrollen zur Durchsetzung des Verbotes von Waffen und Messern bei öffentlichen Veranstaltungen erhalten. Dies sei von großer Bedeutung für das Sicherheitsgefühl der Menschen, sagte Ann Christin von Allwörden (CDU). „Sicherheit ist nicht verhandelbar.“ Sie forderte für die Polizei die dafür notwendigen Befugnisse. Die Polizei dürfe bereits jetzt kontrollieren, wenn ein Verstoß etwa gegen das Verbot zur Mitführung eines Messers im Raum steht, betonte Innenminister Christian Pegel (SPD). Es sei den Menschen wichtiger, dass die Polizei auf den Weihnachtsmärkten Streife geht, statt am Eingang in jede Tasche zu schauen. Weihnachtsmärkte gibt es in Deutschland bereits seit dem 14. Jahrhundert, wie Horst Förster (AfD) sagte. Nie sei es erforderlich gewesen, Waffen- oder Messerverbotzonen einzurichten. „Das sollten wir uns bewusst machen, um zu begreifen, wie es in unserem Land bestellt ist.“ Es gehe alles seinen Gang, erklärte Michael Noetzel (DIE LINKE). „Wo es notwendig ist, werden zur Umsetzung des sogenannten Sicherheitspakets Landesverordnungen angepasst oder geschaffen.“ Es dauere seine Zeit,

bis solche Verordnungen auf den Weg gebracht werden. Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Constanze Oehlich, stellte die Frage, was eine Regelung zu anlasslosen Kontrollen bringe und wie viele Gewalttaten dadurch verhindert werden. Gleichzeitig hätten solche Regelungen eine große Streubreite und seien ein Einfallstor für Diskriminierungen. Selbst wenn die Weihnachtsmärkte abgebaut sein werden, werde diese abstrakte Bedrohungslage nicht vorbei sein, sagte David Wulff (FDP). Er zeigte sich überzeugt, dass die Erfahrungen der Polizei eine große Rolle beim Erkennen potenzieller Gefahrensituationen spielen werden. Bernd Lange (SPD) bezeichnete den Antrag als „völlig entbehrlich“. Er verwies auf Paragraph 42 des Waffengesetzes mit der Ermächtigung für die jeweils zuständige Behörde, anlasslose Kontrollen in Waffen- und Messerverbotzonen durchzuführen. Der Antrag wurde bei Zustimmung von CDU, FDP, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten sowie Gegenstimmen von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

mgl

*Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache 8/4391*



Foto: nordreport

Neujustierung der Migrationspolitik gefordert

Die Asylzahlen bleiben hoch genauso wie der Fachkräftemangel. René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) fragte, warum beides nicht in Einklang gebracht werden könne. Ein Antrag seiner Fraktion schlug Verbesserungen in den „drei Kernbereichen“ Zentralisierung, Integration, Kommunikation vor. So gehe es der FDP neben der besseren Ausstattung der Ausländerbehörden um die Zentralisierung der Asylverfahren bei einem Verwaltungsgericht. Weiterhin würde die gesellschaftliche Integration Asylsuchender mit „niedrigschwelligen Angeboten“ und schnelleren Sprachkursen besser gelingen. Letztendlich würde eine enge Kommunikation von Bund, Ländern und Kommunen helfen, Abschiebungen durchzusetzen.

Ein Änderungsantrag der AfD riet zur Kooperation mit der neuen syrischen Regierung und zu Unterstützung von Syrern bei der Rückkehr in ihre Heimat.

Innenminister Christian Pegel (SPD) hielt die Forderungen der FDP für „alten Weine in neuen Schläuchen“ und verwies auf den 360-Grad-Antrag der Regierungskoalition vom März 2023, der die Forderungen bereits abdecke.

Jan-Phillip Tadsen (AfD) stimmte der Analyse der FDP zu, sah in den Lösungen der FDP aber nur einen „krampfhaften Aufwuchs“ vorhandener Angebote. Nichts werde sich ändern, wenn an der Grenze nichts gemacht werde.

Auch Ann Christin von Allwörden (CDU) fand einen Teil der Forderungen „richtig und notwendig“. Aber die FDP vermische Migration mit der gewünschten Integration qualifizierter Ausländer. Der Antrag bleibe „oberflächlich und einseitig“, beurteilte Constanze Oehlich (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Republik brauche keine Asylpolitik, „die primär auf Ordnung und Kontrolle setzt“, sondern eine, die humanitäre Werte in den Mittelpunkt stellt. Da sie dennoch „einige gute Ansätze“ erkannte, beantragte sie die ziffernweise Abstimmung. Dagmar Ka-

selitz (SPD) teilte auch im Namen von Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE) mit, der Antrag werde einem notwendigen und ersten Austausch nicht gerecht. Auf den Änderungsantrag der AfD erwiderte sie, dass es nicht die Zeit für eine Debatte über eine Rückkehr syrischer Flüchtlinge sei. Der Änderungsantrag der AfD erhielt nur die Zustimmung des Antragstellers und der fraktionslosen Abgeordneten. Mit den Nein-Stimmen aller anderen Fraktionen wurde der Antrag abgelehnt.

Bei der Abstimmung der Ziffer I Nummern 1 bis 13 und der Ziffer II Nummern 1 bis 13 des Antrages des FDP-Antrages wurden durch die Ablehnung aller Ziffern durch die SPD und DIE LINKE, ungeachtet des Stimmverhaltens der anderen Fraktionen, alle Ziffern abgelehnt.

Antrag FDP
Drucksache 8/4380

Änderungsantrag AfD
Drucksache 8/4450

GRÜNE fordern bezuschusstes Deutschlandticket für Landesbeschäftigte

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ein vergünstigtes Deutschlandticket für die rund 38.000 Landesbeschäftigten gefordert. Ein solches Angebot könnte dem Ticket eine langfristige Perspektive geben, sagte Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). MV ginge damit als Vorbild für umweltfreundliche Mobilität voran. Den Antragstellenden sei die finanzielle Lage des Landeshaushalts offensichtlich nicht bekannt, sagte Innenminister Christian Pegel (SPD). Bei Nutzung des Angebots nur durch ein Drittel der Beschäftigten der Landesverwaltung lägen die Kosten bei rund 2,1 Millionen Euro. Der Antrag enthalte keine Vorschläge zur Finanzierung. Martin Schmidt (AfD) erwähnte die vorhandenen Privilegien für Staatsbedienstete. Dazu gehörten Arbeitsplatzsicherheit, gute Altersversorgung oder auch Bonität bei Banken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden nichts mehr vom normalen Leben sehen. „Es ist also Wahlkampf und für die Grünen augenscheinlich die Zeit, Geschenke zu verteilen“, erklärte Sabine Enseleit (CDU). Die Menschen

im Land machten sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze und die Partei der Besserverdienenden wolle Geschenke auf Steuerzahlerkosten verteilen. Das Anliegen passe hervorragend in die Adventszeit, stellte Henning Foerster (DIE LINKE) fest. „Geschenke sind zwischen Nikolaus und Heiligabend gern gesehen.“ Er bezeichnete den Antrag wegen fehlender Deckung als schlicht unseriös. David Wulff (FDP) stellte die Frage nach dem verkehrspolitischen Konzept der GRÜNEN. Nach wie vor sei die Mehrzahl der Menschen in MV mit dem Individualverkehr unterwegs. Das werde sich trotz aller Subventionen nicht ändern, solange zu wenig Bahnen oder Busse fahren. Der Antrag würde zur Verkehrswende sicherlich einen großen Beitrag leisten, sagte dagegen Tilo Gundlack (SPD). Es müssten jedoch zuvor die Reisegewohnheiten der Landesbediensteten untersucht werden, um zu verhindern, dass an mancher Stelle der Zuschuss zum Fenster hinausgeschmissen werde. Der Antrag wurde bei Zustimmung durch die

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 8/4375 -



Foto: AdobeStock



Im Herbst präsentiert der Mischwald bei Gadebusch seine volle Pracht.

Foto: nordreport

Entwicklung des Waldes Thema im Landtag

Dem Wald in MV geht es laut Bundeswaldinventur gut. Wie Dr. Monique Wölk (SPD) ausführte, zeigt der Prozess des langfristigen Waldumbaus zu einem klimaresilienten Mischwald Wirkung. Ein solcher Wald erneuere sich durch Naturverjüngung. Gegen den Bundestrend habe sich die Waldfläche in MV vergrößert und betrage nun mit 584.000 Hektar rund 25 Prozent der

Landesfläche. „Wir sollten uns von der Schönfärberei nicht allzu sehr blenden lassen“, erwiderte Thore Stein (AfD). So gebe es rund 50.000 Hektar umbaubedürftige Kiefer- und 6.000 Hektar Fichten-Reinbestände. Dies seien knapp zehn Prozent der Waldfläche. Gleichzeitig würden lediglich 60.000 Hektar als naturnah gelten. Agrar- und Umweltminister Till Backhaus (SPD) hob die Arbeit der Landesforst hervor. Das Wirtschaftsunternehmen erwirtschaftete einen Umsatz von jährlich 100 Millionen Euro. Es

seien 37 Millionen Euro Rücklagen gebildet worden. Die Landesforst sei damit eines der herausragenden Beispiele in Deutschland. Forstwirtschaft darf nach Ansicht von Beate Schlupp (CDU) nicht nur auf Ökosystemdienstleistungen beschränkt sein, sondern müsse vielmehr wirtschaftlich betrieben werden. Gerade für Privat- und Kommunalwaldeigentümer sei ein wirtschaftlicher Holzverkauf unerlässlich. Da es um den deutschen Wald eher schlecht bestellt ist, relativierten sich die positiven Ergebnisse für MV in der Bundeswaldinventur, sagte Dirk Bruhn (DIE LINKE). Die Trockenheit der vergangenen Jahre habe Bäume geschwächt und Krankheiten wie den Befall durch den Borkenkäfer begünstigt. „Der Zustand der Forste in Deutschland ist alarmierend“, erklärte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die zunehmende Belastung durch den Klimawandel setze ihnen zu. Seit 2017 sei der deutsche Wald zu einer CO₂-Emissionsquelle geworden, Grund sei unter anderem der Verlust an lebendiger Biomasse. Sandy van Baal (FDP) begrüßte, dass die Novellierung des Bundeswaldgesetzes nicht weiterverfolgt werde. Die Novellierung hätte den notwendigen Waldumbau behindert. Statt staatlicher Einmischung bräuchten die Waldbesitzer Flexibilität, um auf den Klimawandel reagieren zu können.

Antrag zu Migrationshintergrund von Tätern abgelehnt

Die Kriminalitätsstatistik des Landes weise die Staatszugehörigkeit von Straftätern aus. Daraus werde ersichtlich, dass „rechnerisch 80 Prozent der jungen Tunesier in Mecklenburg-Vorpommern Tatverdächtige bei Gewaltdelikten“ seien, führte Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender AfD) im Parlament aus. Darum wolle die AfD auch Transparenz hinsichtlich der Kriminalität bei Deutschen mit oder ohne Migrationshintergrund, begründete der Abgeordnete den Antrag seiner Fraktion. Die Ausweisung des Migrationshintergrundes deutscher Staatsbürger in den Berichten der Landespolizei und der Kriminalitätsstatistik werde damit „ein Werkzeug zur Erkenntnisgewinnung“ und erlaube die Entwicklung „präziser Maßnahmen“.

Alle Fraktionen lehnten das Ansinnen nicht nur prinzipiell ab, sondern bezweifelten zudem die Umsetzbarkeit. Die Pressemitteilungen der Polizei erwähnten die Nationalitäten, bestätigte Innenminister Christian Pegel (SPD). Aber es gebe keinen „konkreten fachlichen Bedarf“, auch den Stammbaum zu ergründen. „Ein deutscher Staatsbürger ist ein deutscher Staatsbürger“, unterstrich Sebastian Ehlers (CDU). Der Antrag verschleierte die „wahren Probleme“, zum Beispiel, wenn der Staat nicht wisse, wer einreise. David Wulff (FDP) deutete den AfD-Antrag als eine „Einführung eines Ahnen-Nachweises“ sowie als Vorbereitung der „großen Re-Migrationskampagne“. Auch Constanze Oehrich (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lehnte ab, bestimmte Deutsche

als Bürger „zweiter Klasse“ zu behandeln. Der Antrag verdeutliche klar die „rassistische, verfassungsfeindliche Agenda“ der AfD. Diese Drucksache leiste den Befürwortern eines AfD-Verbots „offensiv Schützenhilfe“, urteilte Michael Noetzel (DIE LINKE). Denn wer womöglich die Nürnberger Rassengesetze aufleben lassen wolle, gehöre verboten. Selbstverständlich sei jede Straftat eine zu viel, unterstrich Bernd Lange (SPD). Doch Gewalt und Kriminalität haben viele Ursachen. Wissenschaftliche Studien bewiesen, dass die Ethnie „keine Rolle spielt“. Durch die Gegenstimmen aller Fraktionen, außer der AfD, wurde der Antrag abgelehnt.

Antrag AfD
– Drucksache 8/4281 –

Landtag trauert

Abgeordneter

Bernd Lange verstorben

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern trauert um den am 30. Dezember 2024 plötzlich und unerwartet verstorbenen Abgeordneten Bernd Lange (SPD). Die Nachricht von dessen Tod erreichte das Parlament über die Familie.

Bernd Lange war seit dem 26. Oktober 2021 Mitglied des Landtages und gehörte der SPD-Fraktion an. Bei der Landtagswahl am 26. September 2021 hatte er im Wahlkreis 2 (Neubrandenburg I) das Direktmandat gewonnen. Bernd Lange wirkte für seine Fraktion als ordentliches Mitglied im Innenausschuss, im Rechtsausschuss und im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten sowie weiterer militant rechter und rechtsterroristischer Strukturen in MV mit. Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Die Nachricht vom Tode Bernd Langes macht mich betroffen und traurig. Der Landtag wird sein Andenken stets in Ehren halten.“

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, der ich im Namen unseres Parlamentes mein Beileid ausspreche.“

**Neue Abgeordnete**

Grit Schmelzer wird Mitglied der SPD-Fraktion

Grit Schmelzer aus Teterow (Landkreis Rostock) ist seit dem 8. Januar 2025, Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Sie rückte für den Ende Dezember verstorbenen Abgeordneten Bernd Lange nach. Der Landeswahlleiter hat Grit Schmelzer als Listennachfolgerin der Landesliste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bestimmt und Landtagspräsidentin Birgit Hesse darüber unterrichtet. Die 52-jährige Grit Schmelzer gehört dem Landesparlament erstmals an.



Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 8/4375 -

Der Landtag 2024 in Zahlen

14.979 Personen	- haben an parlamentarischen Führungen durch den Landtag teilgenommen
165 Fragen	- der Abgeordneten wurden im Rahmen der „Befragung der Landesregierung“ in den Sitzungen beantwortet
298 Sitzungen	- der Ausschüsse und Sondergremien des Landtages haben stattgefunden
112 Änderungsanträge	- haben die Fraktionen zu parlamentarischen Initiativen eingereicht
95 Fragen	- der Ausschüsse konnten von interessierten Bürgerinnen und Bürgern wie auch den Medien verfolgt werden
745 Kleine Anfragen	- haben die Abgeordneten an die Landesregierung eingereicht
über 700 Besuchergruppen	- haben an Führungen durch das Schweriner Schloss teilgenommen
ca. 240 Stunden	- haben die Abgeordneten während der Landtagsitzungen im Plenarsaal beraten
1694 Reden	- wurden im Rahmen der Sitzungswochen gehalten
22 Gesetze	- hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern angenommen
236 Petitionen	- hat der Petitionsausschuss des Landtages abgeschlossen

Deutschlands erste Parlamentarierin

Autoren würdigen **Erna Weilands**
Engagement

Kurz nach der November-Revolution 1918 war eine Schneiderin aus Mecklenburg-Strelitz die erste Frau, die in Deutschland in ein demokratisch gewähltes Parlament einzog. Die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern hat nun eine Lebensskizze herausgegeben.

Als SPD-Abgeordnete gehörte Erna Weiland zu jenen Politikern, die im Januar 1919 in der Verfassunggebenden Versammlung ihres Heimatlandes die erste deutsche demokratisch-parlamentarische Verfassung verabschiedete. Ihre politische Karriere dauerte allerdings nur drei Monate.

Erna Schmidt wurde 1888 geboren und wuchs im ländlichen Herzwolde bei Neustrelitz als sechstes Kind eines Försters auf. Vor dem Ersten Weltkrieg lebte und arbeitete sie als Schneiderin und Modistin in Charlottenburg. Nach ihrer Heirat mit dem Kaufmann und Musiker Max Weiland zog sie mehrere Jahre von Stadt zu Stadt, bevor sie 1917 in Fürs-

tenberg an der Havel landete, das damals noch mecklenburgisch war.

Unmittelbar nach der Revolution 1918 wurde Erna Weiland in den Arbeiter- und Soldatenrat in Fürstenberg gewählt und von der SPD als Kandidatin für die Verfassunggebende Versammlung aufgestellt. Weil dieses Landesparlament das erste seiner Art war, das in der gerade erst ausgerufenen Republik zusammentrat, wurde Erna Weiland zur ersten Parlamentarierin in Deutschland. Während der siebenwöchigen Legislatur hielt sie eine kurze Rede – zum Erhalt des Theaters in Neustrelitz.

Als die verfassunggebende Versammlung auseinander ging, endete auch die politische Karriere Erna Weilands. Zwei Jahre später ließ sie sich scheiden, heiratete einen Gutsverwalter und lebte viele Jahre in Berlin, wo sie 1954 starb – und für lange Zeit in Vergessenheit geriet.

Viele der Frauen, die in der Weimarer Republik in die Parlamente gewählt wurden, hatten sich schon im Kaiserreich einen Namen als Frauenrechtlerinnen gemacht – zum Beispiel Clara Zetkin, Marie Juchacz und Marianne Weber. Erna Weiland zählte definitiv nicht dazu.

Sie gehörte zu jenen Menschen, die sich in Zeiten großer Umbrüche – wie nach dem Zweiten Weltkrieg oder nach der Friedlichen Revolution in der DDR 1989 – aus welchen Gründen und Motiven auch immer politisch engagieren, dieses Engagement bald wieder beenden und politisch nur wenige Spuren hinterlassen.

Die Autoren Andreas Frost und Holger Wilfarth würdigen diese Art des Engagements, indem sie im Falle Erna Weilands ihren Spuren nachgegangen sind. Manche Fragen müssen sie wegen der dünnen Quellenlage unbeantwortet lassen, gleichwohl sind sie auf einige überraschende Details gestoßen. Außerdem ordnen sie Erna Weilands politische Bedeutung ein: In den 14 Jahren der Weimarer Republik schafften es nur vier weitere Frauen in die sieben regulären Landtage von Mecklenburg-Strelitz. Ihnen ist jeweils ein kurzes Portrait gewidmet. Zudem dokumentieren sie das Landesgrundgesetz von Mecklenburg-Strelitz.

Andreas Frost, Holger Wilfarth: Erna Weiland – Deutschlands erste Parlamentarierin, Schwerin 2024, 74 Seiten. Zu beziehen über die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern: www.lpb-mv.de/nc/publikationen/, 5 Euro.



www.lpb-mv.de/nc/publikationen/



Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.



Minister Dr. Till Backhaus und Petra Federau (AfD)

Gefahren durch Chemikalien?

Petra Federau, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Backhaus! Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen, kurz PFAS, werden in zahlreichen Produkten eingesetzt. Sie weisen eine hohe Wasser- und Fett- und Säurebeständigkeit sowie eine extreme Beständigkeit auf, weshalb sie auch als Ewigkeitschemikalie bezeichnet werden. Diese Langlebigkeit der Chemikalien bedeutet zugleich auch, dass sie sich, wenn sie erst einmal in die Umwelt gelangt sind, kaum noch abbauen. Dies gilt auch für PFAS, die über die Nahrungskette in den menschlichen Körper gelangen. Dort greifen sie das Immunsystem und das endokrine System an, verursachen Krebs, mindern die Zeugungsfähigkeit und vermögen, massive Fehlbildungen beim Ungeborenen hervorzurufen.

Eine aktuelle Medienrecherche förderte zutage, dass es in Deutschland 1.500 mit PFAS verschmutzte Orte sowie 300 sogenannte Hotspots gebe. Auch in Mecklenburg-Vorpommern gibt es laut den Erkenntnissen der Journalisten zahlreiche betroffene Orte. Eine Kleine Anfrage von mir hat dazu ergeben, dass das Landesamt für Umwelt, Natur-

schutz und Geologie lediglich sehr unzureichend Messdaten sammelt.

Ich frage: Ist sich die Landesregierung möglicher Gefahren, die von PFAS ausgehen, bewusst, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um eine Freisetzung künftig zu reduzieren?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Federau! Also erstens nehmen wir die Situation sehr ernst. Die Untersuchungen, insbesondere, was Wasser anbetrifft, aber auch Lebensmittel anbetrifft, haben oberste Priorität. Und insofern kann ich Ihnen ausdrücklich sagen, dass wir PFAS natürlich auch untersuchen, sowohl bei Fischen, aber auch im Wasser.

Und ich nehme zur Kenntnis, dass unsere Versuchsreihen seit 2016 im regulären Messnetz der Biota-Fische an zwölf Fließgewässern untersucht werden und auch sechs Seen. Und auch die Küstengewässer werden untersucht. Und ich kann hier und heute sagen, dass keine vom LUNG untersuchten Fischproben die Grenzwerte von im Übrigen 9,1 Mikrogramm überschritten haben.

Insofern kann ich hier und heute sagen, die Erkenntnisse, die wir haben, deuten darauf hin, dass die Belastungen, die wir

insbesondere in den südlicheren Bundesländern haben, in der Form nicht vorhanden sind. Und es ist auch so, in den Jahren 20 und 21 sind im Landesmessnetz Grundwasserbeschaffenheit – da sind wir jetzt im Grundwasser – bei PFAS 20 Stoffe untersucht worden. Von über 4.800 Messwerten waren nur zwei Werte an einer Messstelle knapp über der Bestimmungsgrenze, also deutlichst unter dem Grenzwert vorhanden. Insofern gehe ich davon aus, dass wir das im Blick haben.

Und ich will auch noch mal ausdrücklich Ihre Sorge versuchen, ein bisschen zu zerstreuen. Wir untersuchen gerade beim Wasser, bei Lebensmitteln über 1.000 verschiedene Stoffe, und dazu gehören die PFAS auch. Insofern ist das ein Thema, wir müssen uns damit weiter befassen. Die Umweltministerkonferenz hat das auch mehrfach getan. Und wir müssen diese Einträge insgesamt reduzieren. Und jeder, der weiß, worum es da geht, da geht es auch um Konservierung, es geht auch um Fragen, wie ja auch Bedarfsgegenstände genutzt werden und diese PFAS unbedingt aus dem Verkehr gezogen werden müssen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Petra Federau, AfD: Ja, Sehen Sie es anhand der Medienrecherche für gegeben, dass das LUNG doch intensiver und auch an anderen Messorten tätig werden sollte?

Minister Dr. Till Backhaus: Auch das haben wir im Blick. Insofern will ich ausdrücklich sagen, auch das Trinkwasser ist ausdrücklich mit im Fokus. Und es gibt eine klare Festlegung, dass in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium ausdrücklich das LAGuS sich auch das Trinkwasser noch schärfer vornimmt und dieses dann auch verpflichtend mit in das Untersuchungsprogramm mit aufgenommen wird.

Also wir werden das massiv weiter im Blick behalten. Und ich kann Ihnen zusichern, dass auch beim Trinkwasser, bisher keine auffälligen Befunde beim Trinkwasser vorgelegen haben, aber wir werden diese Untersuchung noch mal verschärfen.

Petra Federau, AfD: Danke!

Stand des Klimaschutzgesetzes?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schönen guten Morgen, Herr Minister, jetzt in anderer Rolle! Die rot-rote Landesregierung und damit Ihr Amt als sogenannter Klimaminister besteht ja nunmehr schon im vierten Jahr. Nach diversen Verzögerungen lässt das Klimaschutzgesetz weiter auf sich warten. Zur Erinnerung, im Jahr 2022 haben Sie Ihr Wort gegeben, das Gesetz – 2023 – kommt. Ende 23 haben Sie auf meine Nachfrage erwidert, das Gesetz sei nach Rangeleien im Kabinett jedenfalls 2024 auf dem Weg. Und es wird auch in einer schriftlichen Kleinen Anfrage der Kollegin van Baal mit der Drucksachenummer 8/3483 schriftlich mitgeteilt durch Sie, Sie würden das Klimaschutzgesetz im vierten Quartal 24 in den Landtag einbringen.

Was soll man sagen? War wohl wieder nix?! Soweit wir wissen, ist ja keine weitere Sitzung des Landtages in diesem Monat geplant. Und, ne, vielleicht machen Sie noch eine Sitzung?! Und im November noch hatten Sie in der Aussprache des inzwischen von meiner Fraktion vorgelegten Klimaschutzgesetzentwurfes im Brustton der Überzeugung behauptet, ich zitiere: „Das Klimaschutzgesetz kommt.“ Vielleicht haben Sie den Nachsatz „Jedenfalls, wenn es im Kabinett nach mir ginge“ vergessen?

Ich frage Sie daher: Können Sie sich im Kabinett nicht behaupten oder wollen Sie dieses Gesetz und damit echten Klimaschutz für das Bundesland in Wirklichkeit selbst gar nicht mehr?

Minister Dr. Till Backhaus



Minister Dr. Till Backhaus: Also, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Damm, in dieser Landesregierung gilt, wenn man ein Gesetz in das Kabinett einbringt – da unterscheiden wir uns ein bisschen von Berlin –, dass dann über die Ressortgrenzen die Einigung erfolgt ist.

Ich weiß nicht, ob Sie gerade aktuell wieder wahrgenommen haben, dass Herr Özdemir einen nicht abgestimmten Entwurf in die Welt schickt, der mit dem Bundeskabinett nicht abgestimmt ist. So was mache ich nicht. Ich mache das nicht, und das ist auch kein guter Stil.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ich sage das ausdrücklich. Punkt eins.

Punkt zwei, ich bitte auch wirklich um Verständnis, ich habe Ihnen das schon letzte Landtagssitzung auch schon mal versucht zu erklären, durch die Initiativen, die im Bereich des Klimaschutzes auf Bundesebene betrieben worden sind, ist die Akzeptanz der allgemeinen Bevölkerung sehr stark zurückgegangen, sehr stark. Ich nehme zur Kenntnis, dass gerade auch Ihre Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene das Thema Klimaschutz ziemlich weit runtergefahren haben, ziemlich weit runtergefahren haben. Ich könnte Ihnen das beweisen, könnte Ihnen das jetzt auch beweisen.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Deswegen sage ich hier und heute noch mal, der Klimaschutz ist eine besonders wichtige Aufgabe für unser Ressort. Das Gesetz ist fertiggestellt, ich sage das hier in aller Klarheit, es sind 28 Paragraphen. Und wir sind in Abstimmung zwischen den Häusern und Sie müssen sich noch ein klein wenig gedulden. Ich bedaure das auch sehr, aber die Turbulenzen, die wir auch auf Bundesebene haben, auch im Übrigen ja ausdrücklich –

(Heiterkeit bei Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ja, da mögen Sie drüber lachen, wie Sie wollen –, auch die Veränderungen, die es auch an dem Bundesklimaschutzgesetz gegeben hat, ich habe Ihnen versucht, gestern, zu erklären, dass wir Klimaschutzmaßnahmen ...

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zwei Jahre her.

Minister Dr. Till Backhaus: ... in diesem Bundesland umsetzen. Allein im Wald, 24.000 Hektar mehr Wald in zehn Jahren, das hat niemand anderes fertiggebracht, oder die 35.000 Hektar, die wir Moorrenaturierung vorgenommen haben. Die Projekte laufen weiter, kommen wir vielleicht nachher auch noch gleich drauf.

Wir haben das Rahmengesetz der Bundesrepublik Deutschland und es wird das Landesklimaschutzgesetz geben. Das kann ich Ihnen zusichern.

Vizepräsidentin Beate Schlupp:

Möchten Sie eine Nachfrage stellen, Herr Damm?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Also, aber dann ist es ja so, dass das Gesetz, was Sie jetzt vorgelegt haben, entweder Sie sich damit nicht durchsetzen können, sonst wäre es ja schon da, oder es nicht gut genug ist, um die Akzeptanz sozusagen sicherzustellen. Deswegen muss nachgebessert werden.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Das ist jedenfalls meine Wahrnehmung jetzt von dem, was Sie gesagt haben. Sie sind ja ein bisschen ausgewichen. Wenn nicht, gebe ich Ihnen noch mal die Möglichkeit mit der Nachfrage,

*(Julian Barlen, SPD:
Das ist aber gnädig.)*

woran es denn liegt, ansonsten zu antworten, und natürlich verbunden mit der Frage Herr Backhaus, wenn es kommt, ja, wann kommt es denn dann jetzt.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich will noch mal sagen, wir sind in den Abstimmungen. Das habe ich Ihnen das letzte Mal schon gesagt. Und innerhalb der Landesregierung gilt bei uns in Mecklenburg-Vorpommern das Einstimmigkeitsprinzip. Und solange wir keine Zustimmung der anderen Ressorts haben, kann ich damit und werde ich nicht in das Kabinett gehen und schon gar nicht eine öffentliche Anhörung dann zu dem Thema auch durchführen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
In welchem Ressort hakt es denn?)*

Insofern bitte ich noch mal um Verständnis. Wir sind auf der Zielgeraden und das Gesetz kommt.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Fotos: Uwe Sinnecker

Wann kommen die Musterfeuerwehrgerätehäuser?

Marc Reinhardt, CDU: Ja, Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Innenminister, es geht um das 50-Millionen-Programm für die Sanierung und den Neubau von Feuerwehrgerätehäusern und hier insbesondere um das Musterfeuerwehrhausprogramm.

Dazu hat es ja eine Ausschreibung gegeben. Mich würde mal interessieren: Ist die inzwischen abgeschlossen? Wurde ein Zuschlag erteilt? Wann können die Gemeinden damit rechnen, dass es mit den Musterfeuerwehrhäusern in Mecklenburg-Vorpommern losgeht?

Minister Christian Pegel: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Verfahren ist noch nicht abgeschlos-

sen. Wir befinden uns mit einem Drittbeteiligten in einem Vergaberechtsstreit. Unbenommen dessen haben wir mit den SBZ-Anmeldungen für das Jahr 2025 jetzt bereits bis Ende Oktober ja auch immer die Bitte geäußert, sich entsprechend für das Musterfeuerwehrgerätehaus zu bewerben, also die entsprechenden Anträge zu stellen, dass wir weiterhin die Verfahren parallel betreiben und weiterhin hoffnungsvoll sind, dass wir im kommenden Jahr die entsprechenden Entscheidungen bekommen und dann auch das Vergabeverfahren zum Abschluss bringen dürfen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie eine Nachfrage stellen?

(Zustimmung)

Marc Reinhardt, CDU: Kann man irgendwie einschätzen, Sie als Minister, wie lange dieser Rechtsstreit, der es ja wohl nun mittlerweile ist, noch ungefähr andauern wird? Oder ist das nicht planbar?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da würde ich sehr tief hineinschauen müssen in Dritttersindispositionen, was ich nicht kann. Ich bin aber weiterhin guter Dinge, dass gewisse Beschleunigungsgrundsätze gelten in diesem Bereich, wir im ersten Halbjahr des kommenden Jahres dann auch Klarheit bekommen, wie es weitergehen kann.

Minister Christian Pegel

Marc Reinhardt (CDU)



Fotos: Danny Gohlke

Einführung von E-Government-Leistungen?

René Domke, FDP: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin! Wir haben eher über Umwege erfahren, dass die Landesregierung tatsächlich konkret daran arbeitet, ein Datennetzwerk zur Durchführung von E-Government-Leistungen in Anlehnung an das estnische Modell, also X-Road, aufzubauen. Und ich wollte einfach mal bitten, dass Sie erläutern etwas zum Stand des Vorhabens, weil wir dazu tatsächlich in den Ausschüssen oder auch hier im Parlament noch sehr, sehr wenig gehört haben. Also wo stehen wir und wann werden wir auch befasst? Welche rechtlichen Grundlagen müssen vielleicht auch geschaffen werden, um da weiterzuarbeiten?

Ministerin Jacqueline Bernhardt:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrter Herr Domke! Vielen Dank für die Frage! Sie hatten ja angemeldet „Abbau bürokratischer Hemmnisse durch die Meldeplattform“. Die bürokratischen Hemmnisse abzubauen, das ist natürlich unser aller Bestreben. Sie haben gestern von der Ministerpräsidentin als auch von Dr. Blank in der Aktuellen Stunde gehört, dass wir sozusagen einen Schwerpunkt im Bereich Wirtschaft auf Bürokratieabbau legen, nicht nur in der Wirtschaft, sondern

insgesamt in der Landesregierung, insgesamt. Wir sehen Bürokratieabbau als Daueraufgabe, der wir uns ja auch in unserem Koalitionsvertrag verpflichtet haben.

Sie haben gestern auch kritisch gehört, dass wir da noch Luft nach oben haben beim Bürokratieabbau. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, schon einige Mittel, die wir haben und umgesetzt werden, führen dazu, auch Bürokratie abzubauen, beispielsweise unsere Geschäftsordnung, wo wir immer auch bei der Verbandsanhörung die Praxis mit einbeziehen und hier schon vorzeitig wissen wollen, wo wir da ansetzen können. Wir haben gestern gehört von Herrn Dr. Blank die Genehmigungsfiktion, die Pauschalen bei Förderrichtlinien, und so sehen Sie, dass wir weiter dran sind und diesen Kommunikationsprozess auch verstetigen wollen, dass wir weitere Bürokratieabbaumaßnahmen natürlich prüfen wollen, und im Rahmen dieses Bürokratieabbauprozesses, dieses Prüfprozesses werden sicherlich auch die Meldeplattformen eine Prüfung sein, ein Prüfungspunkt sein.

Vizepräsidentin Beate Schlupp:

Möchten Sie eine Nachfrage stellen?

René Domke, FDP: Ja. Vielleicht war ich jetzt mit der ersten Frage zu schnell. Ich wollte einfach die Frage stellen, ob diese X-Road, wenn es das Modell ist,

für das wir uns hier entschieden haben oder Sie sich entschieden haben in der Landesregierung, ob das dann eine Grundlage wäre für eine solche Meldeplattform, weil wenn wir dann schon Onlinezugang vereinheitlichen, strukturieren, wäre das ja eine gute Grundlage, um genau aus dem Arbeitsprozess heraus zum Beispiel Bürokratiehemmnisse zu melden und anzugeben.

Und deswegen noch mal die Frage, gibt es diese Überlegung, es dort anzudocken, oder ist etwas anderes geplant oder sind Sie noch nicht so weit, weil ich verbinde es noch mal mit der Frage, wir haben bis jetzt als Parlamentarier so gut wie gar nichts darüber erfahren, wie der Stand ist. Deswegen wollte ich das jetzt noch mal verknüpfen. Sie haben im Grunde schon darauf, sind Sie schon eingegangen, aber wann werden wir damit befasst und wie konkret wird das dann.

Ministerin Jacqueline Bernhardt:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin!

Sehr geehrter Herr Domke, ich hatte gerade ausgeführt, dass wir uns noch in der Prüfung befinden, insofern kann ich noch keinen konkreten Zeitpunkt geben, wo wir noch prüfen, ob und wie, aber wir werden natürlich zu gegebener Zeit auf Sie zukommen.

René Domke, FDP: Gut, danke!

Ministerin Jacqueline Bernhardt

René Domke (FDP)



Laufende Gesetzgebung

Stand: 16. Dezember 2024

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/4097	Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Berufsakademien in Mecklenburg-Vorpommern (Berufsakademiegesetz Mecklenburg-Vorpommern – BAG M-V)	Landesregierung	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 25.09.2024 in Beratung
8/4261	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Landesregierung	Bildungsausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4262	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern für das Land Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4263	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bauproduktenmarktüberwachungsgesetzes, der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern, des Architekten- und Ingenieurgesetzes und der Kommunalverfassung	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4264	Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Wind- und Solarparks	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4265	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Klimaschutzgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4283	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP	Rechtsausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4371	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes	Landesregierung	Finanzausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung
8/4372	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetzes	Landesregierung	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung
8/4373	Entwurf eines Gesetzes über die Lehrkräftebildung in Mecklenburg-Vorpommern (Lehrkräftebildungsgesetz – LehrkräftG M-V)	Landesregierung	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung
8/4384	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	Bildungsausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 11. Dezember 2024 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/4068	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes, des Landesverwaltungskostengesetzes und der Vollstreckungszuständigkeits- und -kostenlandesverordnung	Landesregierung	1. Lesung: 25.09.2024 2. Lesung: 11.12.2024	Annahme
8/4098	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Pflegestudienstärkungsgesetzes und weiterer Gesetze für Gesundheitsfachberufe	Landesregierung	1. Lesung: 25.09.2024 2. Lesung: 11.12.2024	Annahme

Petition fordert Aufklärung der Todesursache von 44 Kegelrobben

Am 11. Dezember hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Petition mit rund 3.500 Unterschriften an den Landtag Mecklenburg-Vorpommern übergeben. Der Vorsitzende des Petitionsausschusses Thomas Krüger (SPD), MdL, nahm die Unterschriftenliste vor der Schweriner Schlossbrücke entgegen.

Die Petition war im November online im Ausschuss eingegangen und fordert eine umfassende Aufklärung der Todesursache von 44 Kegelrobben, die im Oktober an der Ostküste Rügens entdeckt wurden. Der Petitionsausschuss hat bereits eine Stellungnahme des Ministeriums für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Um-



Thomas Krüger (SPD), der Vorsitzende des Petitionsausschusses, nahm am 11. Dezember eine Petition mit 3500 Unterschriften entgegen. Foto: nordreport

welt eingeholt. Diese wurde den Petentinnen und Petenten zur Verfügung gestellt. Sie haben nun die Möglichkeit, auf den Inhalt der Stellungnahme zu erwidern. Im Rahmen des Verfahrens

werden die Mitglieder des Petitionsausschusses die eingereichten Unterlagen sowie die vorliegenden Informationen prüfen und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Informationsbesuch beim Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Am 5. Dezember 2024 besuchte der Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern und informierte sich zu dem Thema Cybercrime.

Vertreter des Landeskriminalamtes berichteten dazu dem Ausschuss und beantworteten die Fragen der Ausschussmitglieder. Die Digitalisierung sei in den letzten Jahren in der Verwaltung, der Justiz, in Unternehmen und auch in der Kritischen Infrastruktur weit vorangeschritten, was eine große Angriffsfläche biete. In den 90er Jahren sei mit der Computerforensik begonnen worden. Heute besitze nahezu jeder ein Smartphone und nutze dieses zu seiner Lebensführung als Kommunikations-, Verwaltungs- und Informationsmittel. Die Datenflut habe immens zugenommen, sodass die Mobilfunkforensik nun den Schwerpunkt bei der Datenauswertung darstelle.

Ein Problem sei die fehlende umfassende Massendateninfrastruktur im Land. Die bestehenden Polizeinetze seien mit der



Die Mitglieder des Innenausschusses informieren sich zum Thema Cybercrime.

immensen Datenflut überlastet und es sei auch kein Austausch zwischen den Polizeibehörden untereinander möglich. Die Möglichkeit zur Verarbeitung von Schmutzdaten bestehe nicht. Aufgrund der riesigen Datenmengen müsse man sich auch externer Experten bei der Auswertung des Materials bedienen. Diese und die erforderlichen Softwarelizenzen und -schulungen verursachten aber hohe Kosten. Daten könnten zwar, auch mithilfe von KI, gefiltert werden, die anschließende Sichtung müsse jedoch noch zwingend durch Menschen erfolgen.

Im Hinblick auf die Vielzahl der Ransomware- und DDOS-Angriffe müssten sich die Menschen nicht mehr die Frage stellen, ob ein Angriff erfolgen werde, sondern vielmehr, wann ein solcher stattfinden werde. Mittlerweile könnten im Internet alle Tatmittel, die für entsprechende Angriffe benötigt würden, gekauft werden. Die Täter hätten keine regionalen Ankerpunkte mehr und agierten häufig aus dem Ausland, was die Ermittler vor große Herausforderungen stelle.

Das Landeskriminalamt modernisiere sich seit Jahren im Rahmen seiner personellen und finanziellen Möglichkeiten stetig und sei bereits Experte beim Thema Cybercrime. Man verfüge über sehr gut ausgebildetes Personal und gute Technik. Im Hinblick auf die eingehenden Datenmengen sei aber ein Aufwuchs bei Personal und Technik erforderlich. Man müsse immer auf dem neuesten Stand der Technik sein, woraus auch ein hoher Bedarf an fachlich sehr gut ausgebildetem Personal resultiere.

Ein wichtiger Schritt sei die Einrichtung der stetigen Abteilung 7 gewesen, in der alle digitalen Kompetenzen, die zuvor auf unterschiedliche Abteilungen des Landeskriminalamtes verteilt gewesen seien, gebündelt worden seien. Ursprünglich sei die AG I-T gegründet worden, die sich erst unregelmäßig und dann regelmäßig getroffen habe. Im Jahr 2021 sei dann der Auftrag aus dem Innenministerium gekommen, ein Digitales Service- und Kompetenzzentrum zu gründen. Die ursprünglichen Zuständigkeiten seien dabei nicht verändert,

sondern nur die Bereiche zusammengeführt worden. Im Juni 2024 sei aus dem Digitalen Service- und Kompetenzzentrum dann die Abteilung 7 geworden.

Das Landeskriminalamt sei auch präventiv tätig, indem es im Hinblick auf Cyberattacken über Risiken aufkläre und Handlungsempfehlungen gebe. Verantwortlich für die Umsetzung seien aber letztlich die Personen vor Ort. Das Landeskriminalamt könne dabei nur unterstützen und sensibilisieren.

Expertengespräch zur Ausbreitung der Asiatischen Hornisse

Agrarausschuss



Ein besonderer Moment: Die Asiatische Hornisse (links) und die Europäische (rechts) gemeinsam am Locktopf.

Foto: Reiner Jahn

Am 27. November hat der Agrarausschuss unter der Leitung der Vorsitzenden Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) ein Expertengespräch mit dem Vorsitzenden des Landesverbandes der Imker Mecklenburg-Vorpommern e.V., Herrn Carsten Fischer, zum Thema „Ausbreitung der Asiatischen Hornisse“ durchgeführt.

Zu Beginn stellte Herr Fischer klar, dass es erste Sichtungen der Asiatischen Hornisse (*Vespa velutina nigrithorax*) in den nördlichen Bundesländern, wie Hamburg und Berlin gäbe. In den südlichen Regionen wie Saarland, Bayern oder etwa Rheinland-Pfalz, sei die Asiatische Hornisse schon verbreiteter. Gründe könnten klimatische Bedingungen sein, da die Asiatische Hornisse in wärmeren Regionen Asiens beheimatet ist. Den Weg nach Europa hätte sie um das Jahr 2004 durch eine Warenladung nach Frankreich gefunden.

Im Vergleich zu der Europäischen Hornisse, sei die Asiatische Hornisse kleiner und recht dunkel gefärbt. Die Primärnester würden die Hornissen ab März bauen und haben im Gegensatz zum Nest der Europäischen Hornisse, ein seitliches Einflugloch. Ab Juli/August würden sie in die Sekundärnester umziehen. Meist würden diese in einer Höhe von mindestens 10 m hängen und bis zu 2.000 Individuen gleichzeitig beherbergen. Die Nester können dabei in Hecken versteckt sein, was eine Gefahr vor allem für Kinder und Gärtner darstelle. Bei einer Annäherung der Nester von unter 5 m würden die asiatischen Hornissen weitaus aggressiver reagieren als die heimischen Hornissen. Zudem schadet die asiatische Hornisse dem Ökosystem, da unter anderem die Arbeiterinnen Honigbienen oder andere Wildinsekten fressen.

Ein Problem stelle ebenfalls die Beseitigung der Nester dar. Diese kann und sollte nur mit einer speziellen Ausbildung und spezieller Arbeitskleidung ausgeführt werden, da die Beseitigung weitaus anspruchsvoller ist, als bei herkömmlichen Hornissennestern.

Während sich die heimischen Bienen frühzeitiger in Winterruhe befänden, sei die Asiatische Hornisse bis in den Dezember noch aktiv und würde weiterhin eine potentielle Gefahr für Mensch und Natur darstellen.

Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen

Sondersitzung des **Bildungsausschusses**



Der Bildungsausschuss tagte in einem der neuen Beratungsräume, die seit der abgeschlossenen Sanierung des Burgseeflügels im Schweriner Schloss zur Verfügung stehen.



Die Mitglieder des Bildungsausschusses folgten den Ausführungen der Sachverständigen.

In seiner ersten Sitzung im neuen Jahr, am 9. Januar 2025, hat der Ausschuss für Bildung und Kindertagesförderung zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern auf Drs. 8/4384 eine öffentliche Anhörung durchgeführt, an der zehn Sachverständige teilgenommen haben. Der Gesetzentwurf, mit dem zum einen das Kindertagesförderungsgesetz (Artikel 1) und zum anderen das Finanzausgleichsgesetz (Artikel 2) geändert werden sollen, wurde intensiv mit den Anzuhörenden diskutiert. Im Ergebnis haben sich fast alle Anzuhörenden für

die schnellstmögliche Verabschiedung des Gesetzentwurfes ausgesprochen. Es wurde insbesondere seitens der kommunalen Spitzenverbände des Landes darauf hingewiesen, dass der Gesetzentwurf einen ersten Teil des Ergebnisses des Kommunalgesprächs vom 22. November 2024 zwischen Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden umsetze. In einem weiteren Schritt müssten zeitnah die notwendigen Maßnahmen zur Kostendämpfung und-senkung im Sozialbereich auf den Weg gebracht werden. Die Inhalte der Anhörung fließen in die Erarbeitung der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses ein.

Bildungsausschuss

„2025 wird sooo mitmischen“

Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ bleibt auch 2025 für Kinder und Jugendliche in MV am Ball

Nach einem erfolgreichen und intensiven Jahr 2024 mit zahlreichen Kommissionsitzungen, Vor-Ort Veranstaltungen und zwei Jugendkonferenzen, wird die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ auch im Jahr 2025 weiter an der Entwicklung und Formulierung von Handlungsempfehlungen für junge Menschen in MV arbeiten. In diesem Jahr dreht sich bei der Enquete-Kommission übrigens, neben der Beendigung des aktuellen Themas „Gesundes und sicheres Aufwachsen“, alles um eine Kinder- und Jugendgerechte Infrastruktur im Land.

Los ging es bereits am 24. Januar 2025 mit der ersten Kommissionsitzung in diesem Jahr im Schweriner Schloss mit zwei Anhörungen zum Thema Medienschutz und zum Thema Gewalt und Extremismus. Zudem wird die Enquete-Kommission am 28. Februar in Rostock

bei einem Praxisbesuch einen Jugendclub des Trägers Soziale Bildung e.V. in Toitenwinkel, das Psychosoziale Zentrum des Ökohaus e.V. und die Jugend-Drogenberatung der Caritas besuchen.

Für den Beteiligungsprozess #mitmischenMV wird es ein entscheidendes Jahr. Wir gehen ins Finale und rufen noch einmal alle jungen Menschen auf, sich zu beteiligen. Wieder sind zahlreiche Aktionen und Veranstaltungsformate im ganzen Land geplant. Erklärtes Ziel der Enquete-Kommission ist es, Kinder und Jugendliche unmittelbar zu beteiligen und ihre Wünsche, Anregungen und Kritikpunkte vor Ort einzusammeln. Eine gute Gelegenheit hierzu bieten das Treffen der Jugendredaktion am 4. Februar in Rostock oder die 4. Jugendkonferenz, die vom 04.04. – 06.04.2025 im Schloss Dreilützow stattfindet.



Alle Informationen zu geplanten Veranstaltungen und Sitzungen der Enquete-Kommission sind auf der Internetseite www.mitmischen-mv.de sowie auf Insta unter #mimischenMV zu finden.

Enquete-Kommission



Mit einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden der Opfer.

Fotos: Danny Gohlke

Wie Erinnerungen Menschen vereinen

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus:
Friederike Fechner erinnert an jüdische Familie Blach aus Stralsund

Friederike Fechner hat die weltweit verstreuten Nachfahren der vertriebenen jüdischen Familie Blach in Stralsund vereint. Von ihren Erinnerungen erzählte die Stralsunderin bei der Gedenkstunde des Landtages Mecklenburg-Vorpommern am 21. Januar – zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Rückblende: An Schwäche und an gebrochenem Herzen – daran stirbt Carl-Philipp Blach kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Seine Söhne Hans (26) und Gert (24) werden im Konzentrationslager umgebracht, weil sie Juden sind.

ERINNERUNG AN EINE VERGESSENE FAMILIE

Gegenwart: Friederike Fechner ringt mehrmals um Fassung, als sie im Schweriner Landtag vom Schicksal der Stralsunder Familie Fechner erzählt. Mit dieser Geschichte hält der Landtag die Erinnerungen lebendig – in seiner diesjährigen Gedenkstunde zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Zu den Gästen gehören Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Ministerinnen und Minister, Vertretende des Landtags sowie verschiedener Initiativen und Einrichtungen sowie Schülerinnen und Schüler. Pianistin Lilit Grigoryan von der Rostocker Hochschule für Musik und Theater (HMT) begleitet den Abend mit ihrer eingängigen musikalischen Sprache.

Der Tag zum Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus wird jedes Jahr am 27. Januar begangen. Er erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Jahr 1945 und an die Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Er stärkt das Bewusstsein für Menschenrechte und gegen Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz.

OPFER SIND KEINE GESICHTSLOSE MASSE

„Wir gedenken keiner Statistik. Jeder Mensch hatte Freundschaften und Familie in unmittelbarer Nähe. Aus unseren Straßen. In unseren Häusern“, sagt Birgit Hesse. In ihrer Begrüßung erzählt die Landtagspräsidentin von der vollkommenen Entmenschlichung der „Sühnemaschinerie“, die Menschen kalkulierte und langsam in den Tod schickte.

So wie einige Mitglieder der Stralsunder Familie Blach. Im Jahr 1938 musste die jüdische Familie ihr Wohn- und Geschäftshaus in der Hansestadt aufgeben und versuchte, vor der NS-Verfolgung zu fliehen. Zahlreiche Familienmitglieder überlebten den Holocaust nicht. Andere vertrieb der Nationalsozialismus in viele Teile der Welt.

DER LANGE WEG DER AUFARBEITUNG

Friederike Fechner stieß im Jahr 2014 durch die Sanierung des alten Giebelhauses in der Stralsunder Altstadt auf die Geschichte der Familie Blach und initiierte eine jahrelange Suche nach deren Nachfahren. Die Kulturmanagerin aus Stralsund befasste sich intensiv mit der Geschichte der jüdischen Kaufmannsfamilie und deren Verbindung zu dem barocken Haus in der Heilgeiststraße 89.

Ihre Recherchen führten zu einer bemerkenswerten Wiedervereinigung von Familienmitgliedern, die über die ganze Welt verstreut waren. Friederike Fechner dokumentierte die Geschichte der ehemaligen jüdischen Gemeinde und engagierte sich in der lokalen Gedenkarbeit. Für ihr kreatives und uneigennütziges Engagement erhielt sie den Obermayer Award 2021.

Mit ihrer Arbeit bewahrt Friederike Fechner die jüdische Geschichte und Kultur in ihren Gemeinden. Ihr Einsatz stemmt sich gegen Hass, Vorurteile und Antisemitismus.

VOM SCHMERZ ZUM WIEDERSEHEN

„Ist nicht die persönliche Begegnung die beste Art gegen Antisemitismus anzukämpfen? Gesucht habe ich anonyme Gesichter. Gefunden habe ich 30 sympathische Menschen“, sagt Friederike Fechner.

Dank ihrer jahrelangen Recherchen kam es 80 Jahre nach Kriegsende zu einem ersten Treffen von einem Dutzend der Blach-Nachfahren, die heute in Großbritannien, Deutschland und den USA, in Israel und den Niederlanden leben. Viele von ihnen sahen sich zum ersten Mal.

JF



Die künstlerische Umrahmung begleitet Lilit Grigoryan, Dozentin und künstlerische Mitarbeiterin an der Hochschule für Musik und Theater Rostock.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Friederike Fechner und Lilit Grigoryan (v.l.n.r.)



Die Video-Aufzeichnung
der Veranstaltung
sehen sie hier:



Mehr als 100 Gäste nehmen an der Gedenkstunde des Landtages teil



Die 1. Vizepräsidentin des Landtages MV, Beate Schlupp, war zu Gast beim traditionellen Benefizabend des Dreikönigsvereins Neubrandenburg. Im Rahmen der Veranstaltung überreichte sie dem Verein einen Scheck über mehr als 4600 Euro, die aus den Einnahmen des Sommerfestes des Landtages MV stammen.

Zur feierlichen Atmosphäre des Abends trugen die Dreikönigssinger und das Jugendsinfonieorchester der Kreismusikschule Kon.centus bei. Den Festvortrag hielt der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck. Insgesamt kamen rund 71.000 Euro zusammen, die der Arbeit des Vereins und seinen sozialen Projekten zugutekommen.

Der Neubrandenburger Dreikönigsverein ist eine gemeinnützige Stiftung, die sich insbesondere für die Hospizarbeit einsetzt. Die Stiftung vergibt zudem regelmäßig den Siemerling-Sozialpreis für wertvolles soziales Engagement und organisiert Jugendbildungsreisen nach Israel, um die Völkerverständigung mit dem Staat zu stärken



Sternsinger im Schloss

Traditioneller Segensspruch angebracht

Am 8. Januar durfte der Landtag MV besondere Gäste empfangen: Eine Gruppe von Sternsängern aus katholischen Gemeinden in Wismar, Rostock und Neukloster besuchte das Schweriner Schloss. Nach der Begrüßung durch Präsidentin Birgit Hesse und Abgeordnete des Landtages brachten die Kinder im Präsidialbüro den traditionellen Segen an.

Im Anschluss fand eine besinnliche Andacht in der Schlosskirche statt. Danach hatten die Sternsinger im Plenarsaal die Gelegenheit, ihre Fragen an die anwesenden Abgeordneten des Landtages zu stellen und auf spielerische Art die Arbeit des Parlaments kennenzulernen. Ein gemeinsames Mittagessen im Café Niklot und eine Schlossführung rundeten den Besuch ab.

Der Brauch der Sternsinger geht bis ins Mittelalter zurück. Rund um den Dreikönigstag ziehen Kinder und Jugendliche von Haus zu Haus, um den Segen zu bringen. Heute sammeln sie zugleich Spenden für soziale Projekte, insbesondere für bedürftige Kinder weltweit. Unter dem Motto „Erhebt Eure Stimme! Sternsingen für Kinderrechte“ werden mit der Sternsinger-Aktion in diesem Jahr Initiativen in Kenia und Kolumbien unterstützt.



20*C+M+B+25